

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 254.

Montag, den 30. Oktober 1911.

18. Jahrg.

## Die Lebensmittelsteuer, ein Verbrechen am Volk,

So lautet das Thema einer am Mittwoch abend im Gewerkschaftshaus stattfindenden Volksversammlung. Senat und Bürgerchaftsmehrheit haben das Vorhandensein einer großen Steuer abgelehnt. Männer und Frauen Lübecks! Zeigt diesen Herren durch einen Massenbesuch, wie ihr über die Steuer denkt.

Hierzu eine Beilage.

### Gewerkschaften und Reichstagswahlen.

Eine Aufrechnung.

h. Die Episode Bülow-Bethmann-Hollweg dauert also noch bis zum 11. Januar 1912, am 25. Januar 1907 hat sie begonnen. Es gilt Bilanz zu ziehen, Abrechnung zu halten, den Schlußstrich zu machen. Der zum gesellschaftlichen Bewußtsein erwachte Arbeiter, der gewerkschaftlich organisierte Proletarier hat es besonders nötig, in den vier Jahren ist er mit Skorpionen gepöbelt worden.

Der Auftakt dazu war die kaiserliche Thronrede vom 19. Februar 1907, sie behauptete, die Sozialdemokratie habe den großen Gesetzen zum Schutze der Schwachen Widerstand geleistet, trotzdem sie sich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichne. Darunter dürfe aber der deutsche Arbeiter nicht leiden, deshalb seien die verbündeten Regierungen entschlossen, das soziale Werk der Gesetzgebung, das auf dem Grundsatze der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen beruhe, im

Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzuführen.

Dann kam — am 11. April — Graf v. Posadowsky mit einem konservativ-liberalen Sozialprogramm, das reich an Versprechungen und arm an sozialpolitischen Wahrscheinlichkeiten war. Er zauberte, gleich seinem damals in höchster Blüte lebenden Kollegen vom Kolonialamt einen sozialpolitischen Palmenhain vor die Augen des Reichstages und beteuerte im gleichen Moment, daß er ein konservativer Politiker sei.

Schon am 25. Juni war der Traum zu Ende, trotz seiner konservativen Glaubensbekenntnisse hatte es Posadowsky längst mit den Scharfmachern aller Arten verbunden. An seine Stelle trat — Bethmann-Hollweg! Damit waren nicht nur die sozialpolitischen Pläne seines Vorgängers, sondern auch jedes Gefühl der sozialen Verantwortlichkeit einer Regierung für das Volk, wie sie die Thronrede so schön aufgeführt, verschwunden. Nur das Reichsvereinsgesetz konnte vom Erbteil des früheren Ministers des Innern noch gerettet werden. Dann aber kam

die Aera der Scharfmacher.

Der Zentralverband der Industriellen forderte in seiner Korrespondenz die Einfuhr von Kulis mit der Begründung, daß „solange der chinesische Kuli Bedürfnislos bleibe,“ der Kulturnation, die ihn verwende, kein Schaden entstehe! Gefahr trete erst in dem Moment ein, wo er sich assimiliere. Aus den Kreisen, in denen dieser Wunsch geboren, kam die Forderung einer reinen Klassenkampfpartei des Unternehmertums, eine politische Partei der wirtschaftlichen Arbeiterfeinde ist das Ziel der Sehnsüchte dieser Leute.

Dazu kam eine wahlverwandte und dauernde Regierungsunterstützung aller scharfmacherischen Gelüste und Wünsche. Im Juli 1908 erging ein Beschluß des preussischen Eisenbahnministers an den Verband der deutschen Tiefbauunternehmer, der ausdrücklich bestätigte, daß die Heranziehung ausländischer Arbeiter durch die Regierung unterstützt würde. Sogar besondere Erleichterungen für die Einfuhr williger und billiger Auslandsproleten wurde zugesichert!

„Der schöne Traum der Witwen- und Waisenversicherung“.

wie der damalige Minister gegen die Sozialpolitik, Bethmann-Hollweg, sich geschmackvoll ausdrückte, wurde im Winter 1908-09 wieder besprochen. Die Regierung mußte eingestehen, daß sie kein Geld zu diesem Zwecke habe, trotz des heuchlerischen Beschlusses der Zentrumspartei bei der Beratung des Zolltarifs. Die Regierung wurde 1909

vom Zentrum deshalb geschaffen, damit die aufwallende katholische Anhängerschaft ihre Abgeordneten nicht wegen des Zolltarifs zur Rechenenschaft ziehen sollte. Die vorgelegenen Gelder hat durch das Einfuhrschemelssystem der agrarische Bundesgenosse des Zentrums geschluckt.

Die Unternehmer gingen weiter planmäßig in der Bekämpfung ihrer Arbeitsblinden vor. Auch die Privatangestellten wurden energisch an ihren gnädigst gewährten Brotkorb erinnert.

Die Geheimkonferenz der deutschen Bergherren, die am 6. Januar 1909 stattfand, konnte schon „von unseren Freunden, die im Ministerium sitzen“ sprechen.

Geheimrat Hilger prägte das Charakteristikum der ganzen heutigen Sozialpolitik, als er sagte: „Die Arbeiterkontrollen sollen

weiter nichts als weiße Salbe

sein. Der Geheime Bergerrat Uthemann, der kurz vorher noch im Ministerium gesessen hatte, forderte die Herren, die am anderen Tage ins Ministerium zu einer Besprechung gehen wollten auf: „Drücken Sie dem Minister den Herrenstandpunkt ins Auge“!

Der Erfolg dieser skrupellosen Interessenwahrnehmung war für die Arbeiter rasch genug zur Wirklichkeit geworden. Den Bergarbeitern antwortete der preussische Handelsminister auf ihre Eingabe, welche den Arbeitsnachweis des Zechenverbandes betraf, ihm erscheine eine Vermittlung für paritätische Arbeitsnachweise „untunlich“. Dies war am 25. November 1909.

Am 12. April 1910 ritt der Zentralverband deutscher Industrieller gegen alle sozialpolitische Arbeit der Regierung an. Arbeitskammergesetz, Stellungsvermittlergesetz, Hausarbeitsgesetz, Gewerbeordnung und so weiter, alles sollte entweder Gesetz für die Unternehmer oder weiße Salbe für die Arbeiter werden.

Zum Spott kam der Hohn, die Frechheit der ungebildeten Gebildeten. Auch die Frau von Popelius mit ihrem Wassererschüsselrezept vom 30. April 1910 gehört in dies Kapitel.

Weiße Salbe und kaltes Wasser,

das ist das Programm der Arbeiterfeinde. Die Reichsversicherungs-Ordnung und die darüber gepflogenen Beratungen und gefaßten Beschlüsse haben dies ebenso bewiesen, wie

No abit.

Im Blute sollte nach bismarckschem Rezept die Arbeiterbewegung erstickt werden, die stolze Disziplin der organisierten Arbeiter hat diesen Plan zunichte gemacht, die Wahlparole, das Mittel dem Bürger grauen zu machen vor der Sozialdemokratie schlug nicht ein. Aber die Periode der Hingebenen hat trotzdem die Regierung in das Fahrwasser der Scharfmacher geworfen. Schütz den „Arbeitswilligen“, das war die Parole, unter der man gegen die Arbeiterbewegung loszog. Petition um Petition, Forderung um Forderung ging an die Regierung,

dem Arbeiter sein einziges Recht, für sich zu kämpfen,

zu nehmen.

Die Bemühungen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Konservativen und ihrer Bundesgenossen, haben bei der Reichsversicherungsordnung Triumphe gefeiert. Die Reichsversicherungsordnung ist nicht das, was sie sein mußte! Die Arbeiterbewegung muß sich eben jedes Stücklein Recht schrittweise unter unfähigsten Mühen erkämpfen, erzwingen! Sogar die Ehre des Proletariats wird im Schmutz zu halten versucht.

Der Essener Meineidsprozeß

ist die Erinnerung daran, daß das Proletariat heute auch vor den Gerichten oft genug nicht Recht bekommt. Was innerhalb der vergangenen vier Jahre an Verurteilungen von Streikposten, Gewerkschaftsbeamten, Arbeiterzeitungen usw. geleistet worden ist, erinnert an die Zeiten des Sozialistengesetzes!

Nicht vergessen darf werden, daß jeder Gesetzesentwurf

Bülow-Bethmann-Hollweg Trumpf gewesen ist, ein neuer Versuch war, die Arbeiterschaft zu knebeln. Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ebenso wie das Vereinsgesetz sollte Handhaben bieten, den Gewerkschaften ihre Kulturaufgaben schwer zu machen.

An all dies muß jetzt jeder Arbeiter denken! Der ganze letzte Reichstag war

mit Unfruchtbarkeit geschlagen,

und mit Haß gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung genährt! Bülow versprach 1907 viel, gehalten wurde nichts! Nichts ist geschehen am Werke der sozialen Volksgesundung.

Darum muß bei den Reichstagswahlen die Losung lauten: Wer als Arbeiter lebt, empfindet und denkt, wer sich seiner Stellung im Staate bewußt geworden, wer für wirklich soziale Politik ist, der muß sozialdemokratisch wählen!

### Die Reichstagswahl.

Der Tag von Philipp.

Der fromme „Reichsbote“ sucht sich seine Angst vor der Volksabrechnung am 12. Januar vom Herzen zu reden, indem er folgenden Unsinn schwätzt:

„Für uns sorgen die Männer des Umsturzes mit ihren Trabanten in so umfassender und drastischer Weise, daß wir nur die Tatsachen ringsum für uns reden zu lassen brauchen, Umsturz und Aufruhr; Tod und Verderben; die Bedrohung der ganzen wirtschaftlichen Existenz der Völker. Solche Tatsachen reden Bücher. Die kaum überwundenen und schon wieder drohenden Streiks im freien England, der Generalstreik von Spanien usw. werden uns helfen, dem Umsturz den Tag von Philipp zu bereiten, der einmal über ihn kommen muß und wird.“

Als wir den ersten Satz lasen, glaubten wir, der „Reichsbote“ ziele damit auf den kapitalistischen „Umsturz und Aufruhr“, der gerade jetzt in Marokko und Tripolis, in Persien und Mittelamerika wieder eifrig dabei ist, „Tod und Verderben“ zu speien und die „ganze wirtschaftliche Existenz der Völker“ zu bedrohen. Der Nachsatz belehrte uns aber sofort wieder, daß er damit nur seiner alten Neigung, jede Logik auf den Kopf zu stellen, treu geblieben ist.

Die Landräte als Wahlmacher.

Zu der Mitteilung über den Wahlerlaß an die Landräte erfährt das „Berliner Tageblatt“ noch, daß die preussische Regierung darin den Landräten auch den Rat gibt, sich die Flugblätter der Parteien evtl. „auf vertraulichem Wege zu verschaffen.“

Ein Schlag ins Wasser.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu eruchen, wegen der bevorstehenden Wahlen sofort 1. dem wiederholt vom Reichstag angenommenen Antrag, von Reichs wegen und auf Kosten des Reichs den Wahlbezirken einheitliche und eine Verletzung des Wahlheimnisses ausschließende Wahlurnen zu liefern, Folge zu geben; 2. auf die Landesregierungen dahin zu wirken, daß a) durch landesrechtliche Vorschriften die Nichtanwendung der Bestimmungen über die Polizeistunde auf das Versammlungsrecht sichergestellt wird; b) die Zentralbehörden der Einzelstaaten an die lokalen Polizeibehörden einen der Verfügung des preussischen Ministers des Innern v. Nolcke vom 13. Mai 1908 betreffend die Ausführung des Reichsvereinsgesetzes entsprechenden Erlaß richten, nach dem auch auf Umwegen das gesetzliche Vereins- und Versammlungsrecht durch die Behörden nicht beeinträchtigt werden soll, insbesondere Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu den Vereinen oder

Jäger Parteien von den Polizeibehörden in ihrem Erwerb-  
leben nicht geschädigt werden und Gastwirte wegen der  
Hergabe ihrer Säle für solche Versammlungen keine wirt-  
schaftlichen Nachteile erleiden sollen."

Wie es möglich gemacht werden soll, diesen Antrag  
noch vor dem Schluß des Reichstages zur Verhandlung  
zu bringen, darüber sind sich die Fortschrittler wohl selbst  
nicht klar, eben deshalb ist der Antrag, den man zum  
Etat des Reichskanzlers hätte stellen müssen, unter den  
jetzt gegebenen Umständen ein Schlag ins Wasser.

#### Die Wählerlisten.

Nach dem Reichswahlgesetz sind die Wähler-  
listen „spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl  
bestimmten Tage zu jedermanns Einsicht auszulegen“.  
Nach dem bestimmten Wahlreglement müssen die Wähler-  
listen „mindestens acht Tage“ ausliegen. In Bayern  
hat der Minister des Innern angeordnet, daß die Listen  
vom Montag, 11. Dezember dieses Jahres ab ausgelegt  
werden.

#### Eine Wahldyde aus Ostbrien.

In dem Orte Donnerau bei Bartenstein  
sind kürzlich eine von den Fortschrittlern einberufene  
Wählerversammlung statt, in der, nach einem  
Bericht der „Königsberger Hartungischen Zeitung“, ein  
freisinniger Redner gegen das Einbringen konservativer  
Agitatoren in liberale Versammlungen protestierte. Das  
brachte den in der Versammlung anwesenden Guts-  
inspektor Dominik-Liekeim so in die Wut, daß  
er plötzlich ohne jede weitere Veranlassung zwischen die  
anwesenden Gutsarbeiter Liekeims sprang und ver-  
suchte, seine Leute wie eine Herde Schafe aus dem Saale  
zu treiben. Der wiederholten Aufforderung des Vor-  
sitzenden, den Saal zu verlassen, widrigenfalls er eines  
Hausfriedensbruchs schuldig mache, leistete Inspektor  
Dominik nicht Folge. Erst nachdem er „seine“ Leute  
mit Gewalt entfernt hatte, verließ auch er den  
Saal.

#### Das bayerische Kriegsministerium im Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie.

Dem demokratischen Berliner Blatt „Das freie Volk“  
ist folgender Erlaß des bayerischen Kriegsministeriums auf  
den Redaktionstisch geflogen:

„Vertraulich.“

Standespflichten der Offiziere  
des Beurlaubtenstandes.

Ein Offizier eines nicht bayerischen Kontingents hat  
vor der Stichwahl zu einer parlamentarischen Körperschaft  
zur Wahl eines Mitgliedes der sozialdemokratischen Partei  
öffentlich aufgefordert und sich auch sonst in diesem Sinne  
agitorisch betätigt. Diefem Offizier ist daraufhin der  
Abschied erteilt worden. Bei einem derartigen Vor-  
kommnis wird auch in Bayern die Verabschiedung herbei-  
geführt werden.

gez. v. Horn, Kriegsminister.“

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu dem Erlaß  
sehr richtig:

„Erst jetzt, wo die Sozialdemokratie mit dem Zen-  
trum gebrochen ist, soll es nicht mehr den „Standes-  
pflichten“ der Reserveoffiziere entsprechen, einen Sozial-  
listen in der Stichwahl zu wählen. Die bayerische Regie-  
rung konnte ihre Abhängigkeit vom Zentrum nicht  
besser illustrieren, als es durch diesen Erlaß geschieht.“

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Politische Agitation einer Landwirtschafts- kammer.

Gegen die Sozialdemokratie sind auch im geheimen  
die Maulwürfe eifrig an der Arbeit. Der Öffentlichkeit  
wird freilich nur selten etwas davon bekannt, und nur hin  
und wieder fliegt einer sozialdemokratischen Redaktion ein  
Geheimzirkular dieser Art auf den Tisch. Ein Zufall hat  
uns jetzt Kenntnis gegeben von einem „streng vertrau-  
lichen“ Zirkular, das unter dem 9. August d. S. von der  
Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen zu Halle  
an der Saale erlassen worden ist. Aus dem Zirkular  
sind folgende Sätze wiedergegeben:

„In den letzten Jahren hat sich die Sozialdemokratie  
mit ganz besonderer Intensität der Agitation unter der  
landwirtschaftlichen Arbeiterbevölkerung angenommen. Der  
im Jahre 1909 gegründete sozialdemokratische „Verband  
der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und -arbeits-  
rinnen Deutschlands“ umfaßt nach seinen Angaben gegen-  
wärtig bereits 11 232 Mitglieder in 425 Ortsgruppen und  
in dem Gau Mitteldeutschland, welchem die Provinz und  
das Königreich Sachsen nebst den angrenzenden kleineren  
Bundesstaaten angehören, allein 110 Ortsgruppen mit  
2943 Mitgliedern. Anknüpfend an das in großem Maße  
vorhandene Leibesbedürfnis der Arbeiter, das von anderer  
Seite vielfach unterrichtet wird, sucht der Verband durch  
Flugschriften und vor allem durch ein geschickt redigiertes  
Monatsblatt „Der Landarbeiter“ zu wirken, das in einer  
Auflage von 20 000 Stück zur Verbreitung gelangt.“

Um der starken Beeinträchtigung und allmählichen  
Untergrabung des guten Einvernehmens zwischen Arbeit-  
geber und Arbeitnehmer unter dem Einflusse der Sozial-  
demokratie entgegenzuwirken, wird in dem Zirkular dann  
auf die „auf streng nationalem Boden stehende“ seit  
Oktober vorigen Jahres in Eisenbahn erscheinende Woche-  
schrift „Der deutsche Landarbeiter“ hingewiesen,  
die jetzt bereits über 400 Abonnenten habe. Da  
auf Anregung der Landwirtschaftskammer der Verlag sich  
bereit erklärt habe, eine Sonderausgabe des Blattes für  
die Provinz Sachsen herauszugeben, so habe „der Vor-  
stand der Landwirtschaftskammer auf Antrag des  
Ausganges für Arbeiterkreise beschlossen, die Land-  
wirte der Provinz Sachsen auf das Blatt hinzuweisen und  
ihnen das Abonnement für ihre Arbeiter zu  
empfehlen. Um die Arbeiter nicht mißtrauisch zu  
machen, soll ihnen die Zeitschrift direkt zugesandt werden.  
Die Landwirte haben zu diesem Zweck die Adressen der  
Arbeiter mitzutheilen.“

Aus dem Hinterhalt heraus will man also die Sozial-  
demokratie bekämpfen; die Landwirtschaftskammer, die ja

wohl sonst nicht gerade für parteipolitische Agitation da  
ist, hat offenbar von dem Reichsverband gegen die Sozial-  
demokratie etwas gelernt.

#### Nationalliberale Beklemmungen.

Die Mitteilung, daß das Marokkoabkommen dem  
Reichstag zur Genehmigung, die vereinbarten Kompen-  
sationen aber nur zur Kenntnisnahme unterbreitet werden,  
hat in den Kreisen der Nationalliberalen lebhafteste Ent-  
scheidung hervorgerufen. So schreibt die „Nationalliberale  
Korrespondenz“:

„Das ist unendlich bedauerlich, aber eine noch größere  
Unannehmlichkeit kann dem Reichstag bevorstehen, wenn  
die Regierung auch in dieser Frage an der Gepflogenheit  
festhält, die sie sich von jeher in auswärtigen Fragen  
gegenüber der Volksvertretung zu verfolgen erlaubt hat.  
Es ist eine feststehende Gewohnheit geworden, die Be-  
sprechung des Etats des Auswärtigen Amtes auf die aller-  
letzten Tage der Beratungszeit zu verlegen, so daß eigent-  
lich noch niemals eine eingehende Behandlung der Fragen  
der auswärtigen Politik möglich war. . . . In allen  
Kreisen befürchtet man, daß diese eigenartige Taktik auch  
in der Besprechung des Marokkoabkommens verfolgt werden  
dürfte, indem der Wortlaut erst ganz kurze Zeit vor der  
Plenarverhandlung zur Kenntnis der Abgeordneten ge-  
bracht wird.“

Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß dieser  
nun so sehr beklagte Zustand stets die Billigung der Na-  
tionalliberalen gefunden hat, die in nicht mehr zu über-  
treffender Rechtfertigung Wünsche der Regierung als Be-  
fehle aufgefaßt haben.

#### Das Marokko-Abkommen.

Nach der „Deutschen Ztg.“ wird man damit rechnen  
können, daß der Text des Marokko-Abkommens am  
Mittwoch dem Reichstag bekanntgegeben wird.

Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ bemerkt zu dem  
Abkommen:

„Das deutsch-französische Abkommen geht nach allen  
vorliegenden Nachrichten seinem Abschluß entgegen, und es  
ist zu hoffen, daß, wenn erst einmal die Leidenschaften sich  
gelegt haben, die Nützlichkeiten dieser Abmachungen für  
beide Teile Anerkennung finden wird. Aber die Vorge-  
schichte und den Verlauf der Verhandlungen zu sprechen,  
wird sich bei der Erörterung des Abkommens Anlaß bie-  
ten. Dies ist um so erwünschter, um nicht zu sagen not-  
wendiger, als noch immer die merkwürdigsten Mythen  
darüber verbreitet werden. Insbesondere wird die Rolle  
Englands und deren Einwirkung auf die Haltung Deutsch-  
lands noch immer falsch dargestellt. Es wird sich weiter-  
hin zeigen, wie haltlos die Behauptung ist, daß Deutsch-  
land bei Einleitung oder während des Verlaufs der Ver-  
handlungen mit Frankreich vor einem Einspruch von  
dritter Seite zurückgewichen sei. Deutschland hatte von  
Anfang an den Wunsch ausgesprochen, mit Frankreich  
allein zu unterhandeln, und dabei ist es geblieben.“

#### Überflüssige Mühe

wird den Wählern des Reichstagswahlkreises Frikla-  
r-Homburg-Ziegenhain gemacht, für welchen die  
Ersatzwahl für Liebermann v. Sonnenberg nunmehr  
auf den 30. November festgelegt ist. Da sechs Kan-  
didaten um das Mandat sich bewerben, wird es vermut-  
lich ohne Stichwahl nicht abgehen. Bis diese erledigt sein  
wird, dürften die Reichsboten schon ihre Koffer gepackt  
haben, um heim zu eilen und sich in den Wahlkampf für  
die allgemeinen Wahlen zu stürzen. Wer also Sieger im  
Kampfe um das Liebermannsche Mandat werden wird, zur  
Ausübung des Mandats wird er nicht mehr kommen.  
Da erscheint es direkt unjännig, die Wahl noch vornehmen  
zu lassen.

#### Eine Steuerungsdebatte im Meininger Landtag.

Im Meininger Landtag wurde am Donnerstag die  
Steuerungsdebatte bei Beratung der sozialdemokratischen  
Interpellation fortgesetzt. Unsere Eingabe lautete: „Welche  
Schritte hat die Regierung getan, um den fortgesetzt stei-  
genden Lebensmittelpreisen zu begegnen?“ Ferner: „Die  
Staatsregierung wolle ihren Vertreter im Bundesrat da-  
hin instruieren, daß derselbe für Aufhebung der Zölle auf  
Futtermittel, für Aufhebung der Getreideaussuhrsperre  
und für den stoffweisen Abbau der Zölle auf Lebens-  
mittel eintritt.“ Für unsere Fraktion begründete in 1½-  
ständiger trefflicher Rede Genosse Hoffmann die Inter-  
pellation, fand aber weder bei den bürgerlichen Parteien  
noch bei der Regierung für die Not des Volkes Ver-  
ständnis. Die Regierung gab unter Berufung auf die  
gegenwärtigen Reichstagsverhandlungen eine nichtsagende  
Erklärung ab, während die bürgerlichen Abgeordneten die  
sozialdemokratischen Anträge als zu weitgehend bezeich-  
neten. Bei der Abstimmung bekundeten sie ihre volks-  
feindliche Haltung dadurch, daß sie die sozialdemokratischen  
Anträge niederstimmten.

#### Aus dem bayrischen Landtag.

Sn der Fortsetzung der Debatte vollzog sich am Frei-  
tag eine schwere Niederlage des Zentrums und der Re-  
gierung. Der liberale Abg. Casselmann vollzog eine  
sörmliche Hinrichtung an dem Zentrum und dem Minister-  
präsidenten. Auch er ist der Meinung, daß ein Beamter  
sich nicht als Sozialdemokrat betätigen dürfe, wohl aber  
dürfe ein Sozialdemokrat Beamter werden. Er lehnt das  
vom Zentrum geforderte Spionage- und Denunzianten-  
system ab. Die süddeutschen Eisenbahner tun nichts an-  
deres wie die christlichen Eisenbahner. Das Zentrum hält  
sich seine Kennzeichen so fest, daß sie von diesen Zentrumsführern irreführt werden und  
sich den freien Gewerkschaften zuwenden. Daher jetzt die  
Wut und der Schrei nach dem Staatsknüttel. Der Redner  
stellt fest, daß die Erklärung des Ministerpräsidenten vom  
Donnerstag schon einen Tag früher in einer Versammlungs-  
rede des Kommerzienpräsidenten Ortner enthalten gewesen  
sei. Die Zentrumredner haben versucht, die Disziplinär-  
gerichte einzuschüchtern und der Ministerpräsident ist diesem  
Beispiel gefolgt. (Abg. Müller ruft: Aufforderung zum  
Rechtsbruch, Ordnungsruß.) Unter großer Bewegung protestiert  
der liberale Redner dagegen, daß von der höchsten Stelle  
Bemerkungen gefallen sind, die so aufgefaßt werden kön-  
nen, als sollte das Urteil der Disziplinärgerichte im Sinne  
des Dr. Pichler beeinflusst werden. Der Redner weiß

ferner darauf hin, daß ein Zentrumredner die Schnellig-  
keit des preussischen Eisenbahnministers als vorbildlich  
hingestellt habe, die der Redner, selbst ein geborener  
Preuße, nicht billigen könne. Zum Schluß nagelte Cassel-  
mann die Heuchelei und das Parisierum des Zentrums  
fest, das jetzt im Namen der Autorität dieselbe Sozial-  
demokratie, mit der es viele Jahre hindurch nicht nur in  
Bayern, sondern auch im Reich und nicht nur für befor-  
dere Zwecke, sondern ganz allgemein Wahlbündnisse abge-  
schlossen habe, verfolge und hege. Die ganze gegenwärtige  
Agitation des Zentrums ist nichts wie Angst des  
Zentrums vor dem Verlust der Arbeiter. Die Liberalen  
leisten dem Zentrum zu solchen Geschäften keine Hand-  
langerdienste. Süßheim (SD.) wendet sich namens  
aller anständigen Menschen, nicht nur der Partei, gegen  
die Verfolgung der Gewinnung. Der Eisenbahnererlaß ist  
gesetz- und verfassungswidrig. Bei der Schaffung des  
neuen Beamtengesetzes vor drei Jahren ist aus-  
drücklich vom Zentrum und von der Regierung anerkannt  
worden, daß weder die Zugehörigkeit zu einer freien  
Gewerkschaft noch zur Sozialdemokratie einen Grund bilde,  
gegen einen Beamten einzuschreiten. Die Äußerungen des  
Ministerpräsidenten sind ein unerhörter Eingriff in die  
Unabhängigkeit des Disziplinärgerichts. Wir verlangen  
die glatte Anerkennung des Rechts, daß jeder Beamte  
einer politischen Organisation angehören kann, welcher es  
sein mag. Mit dieser Forderung befinden wir uns in der  
Gesellschaft aller anständigen Menschen. Zum Schluß gab  
es einen heftigen Zusammenstoß zwischen dem Minister-  
präsidenten und dem Zentrum. Der Ministerpräsident  
protestierte mit zornbebender Stimme gegen eine Bemerkung  
des Zentrumredners Held, der mit Hilfe eines  
Bilats von Bebel die Minister indirekt als Esel be-  
zeichnet hatte. Solch eine Äußerung, erklärte der Minister-  
präsident, erschüttere die Autorität der Regierung, die das  
Zentrum doch zu verteidigen behauptet. Die Debatte geht  
Sonabend weiter. Die bayrische Zentrumspreffe kündigt  
jetzt eine gesetzgeberische Aktion zur Änderung des Be-  
amtengesetzes an, die das Disziplinärgericht zwingt, ein  
Verbot einzusetzen für Beamte, die der Sozialdemokratie  
oder dem süddeutschen Eisenbahner-Verband angehören.

#### Die Landtagswahlen in Elsaß-Lothringen

sanden gestern statt. Sie brachten der Sozialdemokratie  
noch 6 weitere Mandate, sodaß diese jetzt 11 Mandate  
stark in den Landtag einzieht. Die Liberalen zählen 12,  
das Zentrum 26, der Lothringer Block 10 und die Unab-  
hängigen ein Mandat. Leider ist es nicht gelungen, das  
Zustandekommen einer klerikalen Mehrheit zu verhüten.  
Zentrum und Block haben die Mehrheit mit 36 Mandat-  
ten von 60. In Straßburg siegten bei der gestrigen Nach-  
wahl 2 Sozialdemokraten und 2 Liberale, sodaß die Haupt-  
stadt jetzt durch 4 Sozialdemokraten und 2 Liberale ver-  
treten ist. Erfreulich ist, daß der Reichstagsabgeordnete  
Spahn junior gestern auf der Strecke geblieben ist. —  
Wir behalten uns ein Eingehen auf das Gesamtergebnis  
dieser Wahlen vor.

#### China.

Die Revolutionäre haben leider zu früh gejubelt.  
Am Freitag ist ihnen anscheinend eine empfindliche Nieder-  
lage beigebracht worden. Eine amtliche Depesche meldet,  
daß in der Umgebung von Hankau ein heftiger  
Kampf stattgefunden hat. Die Revolutionäre  
sind geschlagen worden. Die kaiserlichen  
Truppen haben die chinesische Stadt Hankau ein-  
genommen. Der Korrespondent des Reuterschen  
Bureaus hat die Verluste der kaiserlichen Truppen auf 40  
Tote und 150 Verwundete angegeben. Unter den Toten  
befanden sich 3 Offiziere. Die Verluste der Rebellen be-  
trafen sich angeblich auf 400, darunter der Befehlshaber  
der Artillerie. 30 Geschütze wurden von den Kaiserlichen  
erbeutet. — Das auswärtige Amt gibt die Wiederauf-  
nahme des Zugverkehrs auf der Eisenbahn Hankau-  
Peking ab nächsten Montag bekannt, ebenso die Wie-  
dereinnahme zweier Städte in Szechwan, die von den Aufständischen eingenommen waren.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 30. Oktober.

Die kommenden Bürgerstimmwahlen werfen auch im  
bürgerlichen Lager ihre Schatten voraus. Verschiedene  
Cliquen sind im Stillen an der Arbeit, um Leute in die  
Bürgerstimmwahl hineinzuschleusen, die sie zur Vertretung ihrer  
persönlichen Interessen für besonders geeignet halten. Ein  
solches korruptes Verfahren ist nur möglich, weil durch das  
bestehende schamlose Bürgerstimmwahlrecht ein wirklicher Wahl-  
kampf ausgeschaltet worden ist. Wo sind die  
bürgerlichen Mandatsbewerber, die ihren Wählern reinen  
Wein einschenken über ihre politischen Ansichten, über ihre  
Stellungnahme zu den Aufgaben, welche in der Bürgerstimm-  
wahl harren, oder über große Vorlagen, die bereits  
erledigt sind? Kleine aber einflussreiche Gruppen haben die  
Personen, die in den nächsten sechs Jahren über alle  
wichtigen Lübeck angehenden Fragen mit ent-  
scheiden sollen, auf den Schild, und die  
eriklassigen Bürger dürfen dann als wohl-  
bedachtetes Stimmvieh zur Wahlurne marschieren und dort  
durch Abgabe eines Stimmzettels, auf dem die Namen der  
Günstlinge gewisser Kreise prangen, ihre „nationale“ Ge-  
stimmung bekunden. Ein Satyrspiel, ein Marionettentheater,  
geleitet von Cliquen, so nennt sogar das Organ der Gesell-  
schaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit, das gewiß  
nicht sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig ist, die dies-  
jährige erstklassige Bürgerstimmwahl. „Ein Claqueur-  
kampf“, die Gutgläubigen mit Schläue vor den Wagen  
derjenigen Personen gespannt, die von ihren gelehrigen  
Schülern sich hatten einmal überbumpeln und zurückdrängen  
lassen. Ein bedenkliches Niveau ist es, auf das  
unser Bürgerstimmwahl und damit unser politisches  
Leben überhaupt durch diese Form der Wahl gemacht  
vor zwei Jahren und jetzt gedrückt werden.  
Unser Staatswesen muß darunter leiden und  
leidet schon. . . . Die jetzige Politik hinter verschlossenen  
Türen, bei der ganz bestimmt sehr kluge, aber in der Wahl  
ihrer Mittel niemals Bedenken tragende Persönlichkeiten  
die Puppen des Vaterstädtischen Vereins  
tanzen lassen, muß aufhören. . . . Wer wird da bald  
noch für die Allgemeinheit arbeiten wollen, wenn er sieht,  
daß die persönliche Interessenpolitik Trumpf  
ist? Wir denken, diese kleine Probe genügt. Wie weit muß  
es schon gekommen sein, wenn in bürgerlichen Kreisen Stim-

men laut werden, die das bestmögliche, was wir bereits wiederholt ausgesprochen haben, daß persönliche Interessenpolitik bei den ersten Bürgerwahlen maßgebend ist und infolgedessen auch in der Bürgerwahl ihren Ausdruck findet. Was sollte da für jeden logisch denkenden aufrechten Menschen eigentlich die selbstverständliche Folge sein? Seine Stimme unter keinen Umständen den Kandidaten des Vaterstädtischen Vereins, einerlei von welcher Clique sie aufgestellt sind, zu geben, sondern nur den Kandidaten der Sozialdemokratie. Diese haben keinerlei persönliche Interessen wahrzunehmen, sondern sie werden in ihrer Stellungnahme zu den verschiedensten Fragen geleitet von ihrem Programm. Das Wohl der Allgemeinheit und damit auf das engste verknüpft das Wohl der wertvollen Bevölkerung, ist es, das sie fördern wollen. Unser Bürgerwahlprogramm lautet wie folgt:

#### I.

Für die Wahlen zur Bürgerwahl ist das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten lübeckischen Staatsangehörigen zu fordern. Bei der Vollendung des 20. Lebensjahrs wird allen Staatsangehörigen das lübeckische Bürgerrecht verliehen. Das Wahlrecht darf durch Empfang irgendwelcher Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht aufgehoben oder beschränkt werden. Die Wahlen finden an einem gesetzlichen Ruhetag statt. Den Mitgliedern der Bürgerwahl sind für ihre Wählerwahl Plakate zu zahlen.

#### II.

Die Wahl der Senatoren hat durch sämtliche Bürger Lübecks zu erfolgen. Wählbar ist jeder Lübecker Bürger.

#### III.

Stufenweise steigende Einkommensteuer zur Bestreitung des Staatshaushaltes unter stärkerer Heranziehung der höheren Einkommen. Einkommen unter 1000 Mark sind steuerfrei. Einführung einer Vermögenssteuer.

#### IV.

Konfessionslose Schulen. Einheitlichkeit der Schule mit obligatorischem Besuch. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen der Volksschulen, die Kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erscheinen. Verpflegung bedürftiger Kinder in Schulkantinen. Errichtung von Schulbädern in sämtlichen Schulen. Fürsorge für kränkelnde und minderfähige Kinder durch ärztliche und pädagogische Einrichtungen. Obligatorischer Besuch der Fortbildungsschulen für Schulentlassene beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahre. Unentgeltliche Erteilung des Fortbildungs-Unterrichts an Wochentagen während der Arbeitszeit.

#### V.

Zunächste Ausführung aller Gemeinde- und Staatsarbeiten, einschließlich der Bauten, in eigener Regie; zum mindesten aber hat die Vergabung von Staatsarbeiten und Lieferungen für den Staat unter der vertragsmäßigen Verpflichtung der Unternehmer zu erfolgen, daß sie für die Gesamtheit der von ihnen beschäftigten Arbeiter die zwischen den Gewerkschafts-Organisationen der Arbeiter und den Unternehmern vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen einhalten.

#### VI.

Ruhegeld- und Hinterbliebenen-Versorgung für die in städtischen oder staatlichen Betrieben beschäftigten, nicht pensionsberechtigten Beamten und Arbeiter. Achtstündige Arbeitszeit. Ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 36 Stunden. Wöchentliche Lohnzahlung. Errichtung von Arbeiterauskuffen. Den städtischen bezw. staatlichen Arbeitern und Beamten ist ein jährlicher Urlaub von mindestens acht Tagen ohne Kürzung des Gehaltes zu bewilligen. Sicherung des Koalitionsrechts der Beamten und Arbeiter.

#### VII.

Errichtung einer Arbeiterkammer. Derselben liegt es ob, Wünsche und Anträge, welche die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung betreffen, zu beraten und den städtischen bezw. staatlichen Behörden vorzulegen, sowie Jahresberichte über ihre, die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung betreffenden Wahrnehmungen zu erstatten. Die Arbeiterkammer soll in allen wichtigen, die Gesamtinteressen der arbeitenden Bevölkerung oder die Interessen einzelner Zweige derselben berührenden Angelegenheiten gehört werden.

#### VIII.

Ausbau der Gewerbeaufsicht, insbesondere Ausdehnung derselben auf die Schiffbau- und Gasenbetriebe. Verbesserung der Wohnungsfrage und Ausdehnung derselben auf die Wohnungen des Landgebietes.

#### IX.

Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, einschließlich der Dienstboten, und einer städtischen Arbeiterstatistik unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen. Staatliche Arbeitslosenfürsorge.

#### X.

Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gesindeordnung.

#### XI.

Errichtung von Apotheken in eigener Regie des Staates. Unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung. Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe. Errichtung eines Wöchnerinnenheims sowie Errichtung von Säuglings-Fürsorgestellen. Unentgeltliche Sprechstunde und -behandlung. Verstaatlichung der öffentlichen Wohlfahrtsanstalten.

#### XII.

Das Pflicht der Gemeinden und des Staates für alle widerrechtlichen oder fahrlässigen Handlungen der Beamten in Ausübung ihres Berufs oder Amtes.

#### XIII.

Errichtung eines Asyls für Obdachlose.

Die Sozialdemokratie hat nichts zu verheimlichen oder zu vertuschen. Sie kämpft mit offenem Bistler. Jeder Lübecker Bürger, dem eine freiheitliche Entwicklung Lübecks am Herzen liegt, hat die Pflicht, am Wahltag seine Stimme den Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben und für deren Wahl zu wirken.

Die Rentabilität der Reedereien hat sich im Jahre 1910 ganz bedeutend gehoben. Die 104 Gesellschaften, die in den Monaten Januar bis Juli 1911 ihre Bilanzen für 1910 veröffentlichten, daß ein Vergleich der Dividenden in den letzten beiden Jahren möglich ist, verfügten bei Abschluß des Geschäftsjahres über ein Aktienkapital von 482,12 Millionen Mark. Für das Betriebsjahr 1910 konnten 27 Millionen Mark Dividende verteilt werden. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Steigerung um 8,8 Millionen Mark oder 1,8 Prozent. Bei 85 Gesellschaften ließ sich die Bewegung der Abschreibungen in den beiden letzten Jahren verfolgen. Diese 85 Gesellschaften repräsentieren ein Grundkapital von 429,8 Millionen Mark. Die Abschreibungen beliefen sich auf 63,65 Millionen Mark gegen 56,95 Mill. Mark im vorvergangenen Geschäftsjahr. Bei 111 Schiffahrtsgesellschaften

war ein Ausgleich des Reingewinns bezw. Verlustes in den Betriebsjahren 1909 und 1910 möglich. Im Jahre 1909 hatten 87 Gesellschaften mit einem Kapital von 461,1 Millionen Mark einen Gewinn von 30,1 Millionen Mark, während 24 Gesellschaften mit 13,47 Millionen Mark Grundkapital mit einem Gesamtverlust von 3,32 Millionen Mark abschlossen. Im Geschäftsjahre 1910 waren die Ergebnisse wesentlich besser. 93 Gesellschaften, die ein Grundkapital von 455,22 Millionen Mark repräsentieren, hatten einen Reingewinn von 43,69 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Zahl der verlustbringenden Betriebe ist auf 18 gesunken. Das Nominalkapital derselben betrug 29,19 Millionen Mark. Der Überschuß des Reingewinns über die Verlustsumme betrug im Jahre 1909 26,77 Millionen Mark, im folgenden Jahre belief er sich jedoch auf 39,85 Millionen Mark.

**Erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen.** Der Frauenverein vom Roten Kreuz in Lübeck wird am Freitag, dem 3. November, wieder einen Spezialkursus zur Ausbildung von Helferinnen in der freiwilligen Krankenpflege eröffnen. In dem Kursus wird unter Anleitung an die Gsmarsche Unterrichtsmethode Wert auf die Ausbildung in der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen und bei Erkrankungen von Erwachsenen und Kindern gelegt. Es ist daher neben der Ausbildung für den Kriegsfall eine besonders günstige Gelegenheit auch für Mütter, Lehrerinnen und Erzieherinnen geboten, sich über die geeigneten Maßnahmen bei Unglücksfällen der ihrer Obhut anvertrauten Kinder zu unterrichten und einen Überblick über die Grundsätze der Hygiene für Schule und Haus zu gewinnen. Die Leitung des Unterrichts und der praktischen Verbandsübungen liegt in den Händen des Herrn Stabsarzt Dr. Hövel. Meldungen mündlich oder schriftlich bei Frä. Breher, Roekstr. 6.

**Straßenumennung.** Durch Senatsbeschluß vom 25. d. Mts. ist der auf dem Grundstücke Falkenstr. Nr. 8 ausgebauten Verbindungsstraße zwischen der Morkestr. und der Straße Wakenhüser der Name Reiherrstieg beigelegt.

**Straßenperre.** Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten ist die Strecke des Kreuzweges von der Hansstraße bis zur Schützenstraße vom Montag, dem 30. Oktober d. J. ab für den Fußverkehrsverkehr gesperrt.

**Handelsregister.** Am 28. Oktober 1911 ist eingetragen: 1. bei der Firma Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft in Lübeck: G. W. Wischow in Lübeck ist aus dem Vorstande ausgeschieden; 2. bei der Firma Groß-Dampfwäscherei Vorwerk, Gebr. Wieder in Vorwerk: Jekiger Inhaber: Kaufmann G. C. E. Niebuhr in Vorwerk. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäftes begründeten Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäftes durch den Kaufmann Niebuhr ausgeschlossen; 3. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Gebrüder Oldenkop in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter G. H. J. W. Oldenkop in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma. Dem G. C. J. W. Oldenkop in Lübeck ist Procura erteilt.

**pb. Gefundenes Diebsgut.** Am Ufer des Stadtgrabens, unweit der Wielandsbrücke, wurden am 25. d. Mts. gegen 6 Uhr nachmittags folgende Wäschestücke, die wahrscheinlich von einem Diebstahl herrühren, gefunden: 1 Handtuch, 1 Nachjacke, 1 wollene Überweste, 1 wollenes Damenhemd, 1 Nachthemd, 1 weißes Kopftuch, 3 Taschentücher, 1 wollener Brustwärmer. Das Handtuch ist mit den Buchstaben „F. L.“ gezeichnet. Die übrigen Stücke sind „M. L.“ gezeichnet. Die Wäschestücke befinden sich im Bureau der Kriminalpolizei.

**pb. Entworfener Überzieher.** Am Sonntag, dem 29. d. Mts. ist in der Zeit von 11 bis 12 Uhr mittags aus der Hauptturnhalle in der Mühlenstraße ein grau melierter Winterüberzieher mit Sammetragen, dunklem gestreiftem Futter und einer Reihe Knöpfe abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. In einer Tasche befanden sich ein Paar graue wollene Handschuhe.

**pp. Wer ist der Eigentümer?** Anfang Juni ds. Js. ist in einem hiesigen Straßenbahnwagen ein schwarzes Damen-Portemonnaie mit Metallecken und Geldinhalt gefunden worden. Die rechtmäßige Eigentümerin wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Am Dienstag gelangt wegen Erkrankung im Personale an Stelle der bereits vorgesehene Oper „Nida“ die Schauspiel-Novität „Lantia der Karr“ von Ernst Hardt, welche hier einen so glänzenden Erfolg erzielte, zur nochmaligen Aufführung. — Mittwoch abend 8 Uhr erscheint bei kleinen Preisen Müllers Operette „Der Bettelstudent“, mit Frä. Grete Braun vom Hamburger Operetten-Theater als Gast in der Partie der Laura, wieder auf dem Spielplan.

**Aus dem Fürstentum Lübeck.** Gestern nachmittag fanden in Scharbeug und Timendorferstrand zwei sehr gut besuchte Volksversammlungen statt, in denen der Reichstagskandidat, Genosse Stelling-Lübeck über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach. Die Ausführungen wurden durch die Genossen Brück, Liedge und Westphal, die sämtlich zur regen Agitation aufforderten, ergänzt. Wir können mit dem Verlauf dieser Versammlungen sehr zufrieden sein.

**Küfinit.** Die öffentliche Volksversammlung, die am gestrigen Sonntag im Saale von Dieckmann stattfand, war recht gut besucht. Genosse Theodor Schwarz hielt ein zweistündiges Referat über die bevorstehende Bürgerwahl. Am Anfang seiner Rede übte Schwarz scharfe Kritik an der Unterbindung des Vereinsgesetzes durch die Arbeiter-Kolonienverwaltung des Hochofenwerks. Viele habe auch nicht das mindeste Recht die Verbreitung von Flugblättern auf der Kolonie als Hausfriedensbruch zu bezeichnen und mit Strafe zu bedrohen, zumal in dem Hochofenwerk drei Millionen Mark von den Steuerzahlern aufgebracht werden. Hierauf hielt Genosse Schwarz Abrechnung mit den Wahlrechtsverflechterern und gab einen historischen Abriss über die Entwicklung des lübeckischen Wahlrechts. Am Schluß forderte er auf, das Opfer an Zeit nicht zu scheuen und das Wahlrecht — wenn es nicht anders geht in der Mittagspause — in Travemünde auszuüben. Die äußerst interessanten Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Der Vorsitzende Genosse Bromme forderte am Schluß die Versammelten zu recht eifriger Agitation auf. Die vierte Wählerklasse, die nur alle sechs Jahre einmal zu der lübeckischen Staatspolitik ein Wort zu reden habe, müsse Abrechnung halten mit den Woll- und Arbeiterfeinden. Es könne keine Wahl geben zwischen dem Hypothekendarf Grünau — der von den Wohlhabenden den Arbeitern als Kandidat präsentiert wird — und Theodor Schwarz, dem alterproben Arbeitervertreter. Am 14. November müsse letzterer im Landkreis gewählt werden. Das sei dann ein würdiges Vorbild für Generalabrechnung vom 12. Januar. Aber bei der Stimmenabgabe dürfe es nicht bleiben. Es gelte auch, die Wahlkämpfe zu benutzen, um die Mitgliederzahl zu verstärken und ebenso die Abonnenten des „Volksboten“. Nach einem kräftigen Ape

alle Kräfte für den proletarischen Sieg einzusetzen, tragen Genosse Bromme unter dem Beifall der Anwesenden die gutgeleitete Versammlung. 6 neue Mitglieder traten der Partei bei.

**g. Mendorf.** Agrarier und Landarbeiter. Wie die Arbeiterfreundlichkeit der Agrarier in Wirklichkeit ausseht, dafür lieferte am Montag, dem 28. Oktober, der Hofbesitzer Uge, Majensfelde, einen Beweis. Weil die Frau des Gärtners Dube am Montag nicht zur Arbeit kommen konnte, sie konnte sich nicht von ihren vier Kindern, von denen das älteste sieben Jahre und das jüngste drei Monate ist, entfernen, wurde auch der Mann sofort aus der Arbeit entlassen, und muß auch zum 1. November die Wohnung räumen. Ein großer Teil der Landarbeiter hat den Agrariern schon zur Landtagswahl bewiesen, wie sie über diese Arbeiterfreundlichkeit denken und sie werden jenen Herren zur Reichstagswahl am 12. Januar 1912 mit einer verbesserten Auflage dienen.

**Hamburg.** Die ägyptische Finsternis. Durch nächtliche Finsternis wurde am Sonnabendvormittag die Hamburger Bevölkerung überrascht. In der ganzen Stadt mußten die Beleuchtungseinrichtungen in Tätigkeit gesetzt werden, mehrere Schulen wurden geschlossen. Im Hafen und in der Stadt kam es verschiedentlich zu Verkehrsstörungen. Gegen 11¼ Uhr fand die Finsternis langsam ihr Ende.

**Riel.** Entsetzliche Kindesmißhandlung. Anfang April ließ der Lehrer an der Schule in Albersdorf das etwa 12jährige Kind des Arbeiters G. ärztlich untersuchen, weil er den Verdacht hegte, daß das Kind zu Hause von der Stiefmutter mißhandelt werde. Der Arzt fand den ganzen Körper des Kindes mit blutunterlaufenen Striemen bedeckt und an den Handgelenken waren tiefe, bis auf die Sehnen reichende fingerbreite eitrige Wunden, die davon herrühren mußten, daß die Handgelenke mehrere Male eng umschürt wurden, auch noch nachdem die Wunden entstanden waren. Der Vater des Kindes, der tagsüber außerhalb des Hauses zu tun hat, stellte selbst Strafantrag, und es ergab sich, daß die Stiefmutter teils unter Beihilfe ihrer in demselben Hause wohnenden Mutter Frau B. das Kind entsetzlich mißhandelt hatte. Etwa 14 Tage lang hatte das Kind, an Brust und Händen festgebunden, in einem viel zu kleinen Kinderwagen liegen müssen. Frau B. hat das Kind dabei geschlagen und einmal an den Haaren hin- und hergestoßen. Nach Ausspruch des Arztes waren die Mißhandlungen nicht direkt lebensgefährlich, aber dadurch, daß die schmutzige Schnur immer wieder gebraucht wurde, hätte leicht eine folgenschwere Blutvergiftung entstehen können. Die entmenschte Stiefmutter wurde vom Schöffengericht zu vier Monaten Gefängnis, ihre Mutter wegen Beihilfe zu vierzehn Tagen verurteilt. Ebenso hatte die Strafkammer erkannt und das Oberlandesgericht in Kiel hatte keinen Anlaß, die Entscheidung des Vorderrichters umzustossen.

**Müritzen.** Kommunale Maßnahmen gegen die Teuerung. Die Magistrat der beiden Städte Wilhelmshaven und Müritzen (Oldenburg) beschloßen, gemeinsam gegen die Teuerung anzugehen. Es soll zunächst auf die Gewerbetreibenden, die den Verkauf der Lebensmittel als Erwerb betreiben, eingewirkt werden, damit diese die Lebensmittel so billig wie möglich auf den Markt bringen. Müllinger der Versuch, so wollen die beiden Städteverwaltungen gemeinsam selbst Schmeine kaufen und aus Schlachten lassen, ferner waggonweise Kartoffeln ankaufen und diese auf die Wochenmärkte bringen. Auch beabsichtigen sie mit einer Großbäckerei oder mit mehreren Großbäckereien in Verbindung zu treten, um den Konsumenten vollwertiges Brot zu möglichst billiger Preise zu verschaffen. Die Preise aller dieser Lebensmittel sollen über die Selbstkosten nicht hinausgehen.

**Oldenburg.** Unser Kleinstaat in Finanzlemme. In den ersten Vorlagen für den Landtag ist das Verhältnis der drei Landesteile zu den Gesamtausgaben des Großherzogtums mit 78 Proz. für das Herzogtum Oldenburg, 12 Proz. für das Fürstentum Lüneburg und 9 Proz. für das Fürstentum Verden festgelegt. Die Rechnung der Zentralkasse schließt mit etwas über 2000000 Mk. ab; der Voranschlag des Herzogtums für 1912 mit 12210000 Mk. und einem Fehlbetrag von 55000 Mk. Die Finanzlage des Herzogtums wird trotz der Steuerreform als nicht günstig bezeichnet. Außer der halben Million, die bereits aus den Eisenbahn-Einnahmen verbraucht werden, müssen noch 500000 Mk. herangezogen werden, um den Voranschlag notdürftig zu balanzieren. Die Einkünfte der Eisenbahnen sind allerdings auch mit 20000000 Mk. veranschlagt, darunter 3700000 Mk. Rohüberschuß und 1200000 Mk. Reingewinn. Trotzdem spricht die weitere Heranziehung der Eisenbahnfinanzen für den allgemeinen Landesaufwand nicht sehr für die Finanzwirtschaft.

## Handels- und Marktnachrichten.

**Lübecker Marktpreise vom 28. Oktober**  
Bauern-Butter Rfd. —1,50 Mk., Meierei-Butter Rfd. 1,70 Mk., Hasen 3,00—3,50 Mk., Enten 3,00—3,50 Mk., Hühner 1,60—2,30 Mk., Küken Stück 1,60—2,00 Mk., Tauben Stück 0,55—0,65 Pf., Gänse Rfd. —, —, 0,78 Mk., Flügels 2 Mk., Schinken Rfd. 1,20—1,40 Mk., Schweinskopf Rfd. 55—60 Pf., Wurk Rfd. 1,20—1,40, Eier 6 Stück 60 Pf., Heringe 2 10 Pf., Dorische genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen 1,10—1,20 Mk., Geräuch. Lachs Rfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie 1,40—1,60 Mk., Brachsen 60—70 Pf., Hechte Rfd. 60—70 Pf., Barsche Rfd. 70 Pf., Aal Rfd. 0,70—1,00 Mk., Karattischen Rfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl d. Kopf 0,25—0,50 Mk., Kohl 100 Rfd. — Mk., Gurken 100 Rfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Rfd. — Mk., Wepfel, verschiedene pr. 100 Rfd. — Mk., Blaumen, pr. 100 Rfd. — Mk., Kirchen Rfd. — Pf., Kartoffeln neue 10 Rfd. 50—60 Pf., Mand Rfd. — Pf.

**Getreidepreise.** Lübeck, 25. Oktober.  
Weizen, 128—135 Rfd., holl. 192—198 Mk., Roggen 123—127 Rfd., holl. 175—177 Mk., Gerste, nach Qualität 178—190 Mk., Hafer, nach Qualität, 178—185 Mk., alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Wenzel u. Co. Sämtlich in Lübeck

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

# Insertate

Das Leber Heub Normann Schmidt to in 26. Geburtstag an donnerdes Hoch. Nu ward de Kat Wakenimur hüt abend woll noch wackeln. Hoffentlich ist dat Bier nicht tau tolt.

**Statt besonderer Anzeige.**

Heute nachmittag 8 Uhr entschlief sanft nach kurzem aber schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau und meiner Tochter treusorgende Mutter

**Emma Cordts geb. Morgenstern**

im 30. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübtens Herzens an

**Emil Cordts und Familie.**

Secrez, den 29. Oktober 1911. Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 1. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Ratkau statt.

**Statt besonderer Anzeige.**

Sonntag nachmittag entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann, meiner Kinder guter Vater

**Ernst Kähler**

im 45. Lebensjahre. Auf's tiefste betrauert und schmerzlichst vermisst von den Seinen.

**Marie Kähler geb. Luckmann und Kinder.**

Lübeck, den 30. Oktober 1911. Burgtreppe 1.

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 2. November, 11 1/4 Uhr, in der Kapelle (Burgtor) statt.

Seizb. Stube an einz. Person zu vermieten, wöchentlich 1 Mk. Engelwisch 37. II.

Am Mittwoch, d. 1. November, ist meine Gastwirtschaft von mittags 1 Uhr an wegen Trauerfeier geschlossen.

Emil Cordts, Gastwirt, Secrez.



**Vereinigte Butterhändler**  
v. Lübeck u. Umg.

**Allerfeinste Meiereibutter**  
Kegler Pfd. 1.65 Mk.

**Restaurant Stadt Schönberg,**  
Große Burgstraße 13.

Am Dienstag, dem 31. Oktober

**Großes Auspielen v. fetten Gänzen, Karpfen und Raubfleisch**

auf einem Ziehbillard. Anfang 10 Uhr morgens. Einsatz 50 Pfg. L. Crotzfeldt.

**Vaterländischer Frauen-Verein in Lübeck.**

Der Unterricht zur Ausbildung von Helferinnen in der freiwilligen Krankenpflege beginnt am Freitag, dem 3. November und findet in etwa 16 Doppelstunden, Dienstags und Freitags von 5 bis 7 Uhr in der Dom-Mädchenschule statt. Die Leitung des Unterrichts liegt in den Händen des Herrn Stabsarzt Dr. Hövel. Meldungen mündlich oder schriftlich bei Frä. Brehmer, Roedstraße 6.

**Achtung! Kohlenarbeiter!**

Außerordentliche Sektions-Versammlung

am Dienstag, 31. Oktober

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstrasse 50-52

Tages-Ordnung:

Beratung des Lohntarifs.

Der Vorstand.

**„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“**

Zusammengestellt von

**Theodor Schwartz.**

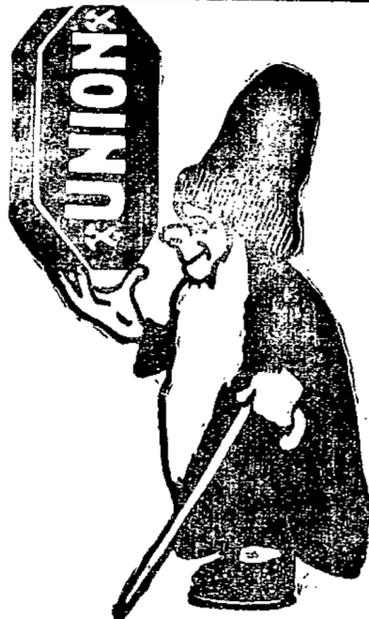
Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes hebe wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“-) Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volksgeschichten. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Verhältnisse der inneren Stadt im vierzehnten, sechzehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

**Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

**Fabelhaft**



sind die Vorteile beim Gebrauch von

**„Union-Brikets“**

**Billigstes Brennmaterial!**

Kein Russ! • Kein Rauch!  
Keine Schlacken! • Grosse Hitze!  
Langdauernde Glut!

Erhältlich in den Kohlenhandlungen!

**Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.**

Donnerstag, den 2. November 1911:

**10jähriges Stiftungs-Fest**

im großen Saale des Gewerkschaftshauses unter gefl. Mitwirkung der Herren

Rich. v. Schenk und A. Langefeld,

Opernsänger am Neuen Stadttheater,

sowie des Arbeiter-Sängerbundes.

— Anfang 8 Uhr. —

Von 11 Uhr abends bis 2 Uhr früh:

**BALL.**

Preis der Karte 25 Pfg.

Um zahlreiche Teilnahme ersucht

Der Vorstand.

Karten sind zu haben in der Expedition des „Lübecker Volksboten“, Gewerkschaftshaus, Parteisekretariat, in den Verbandsbüros und in sämtlichen Verkaufsstellen des Konsumvereins.

**Achtung! Arbeiter-Sängerbund heute abend 9 Uhr Chor-Probe**

Die Bezirksleitung.

**Sozialdemokratischer Verein**  
Stadthof und Umgegend

**Mitglieder-Versammlung**  
am Dienstag, 31. Oktober

abends 8 1/2 Uhr bei Hrn. L. Paeßau in Fackenburg  
Der Vorstand.

**Verein der Musikfreunde.**

Mittwoch, d. 1. November 1911

abends 8 Uhr

in der Stadthalle:

**5. volkstümliches Konzert**

(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:

Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.

Solist: Herr Konzertmeister S. Rosenthal (Violine).

Zur Ausführung kommen u. a.:

Husitzka Dramatische Ouverture A. Doorak.

Peer-Gynte-Scene II . . . Ed. Grieg.

Potpourri „Ein Herbstmanöver“ E. Kalmán.

Auf Glückes Wogen, Walzer v. E. Waldteufel.

Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

**HANSA THEATER**

Morgen Dienstag:  
**Letztes Gastspiel des Original-Parisiana.**

Das starke Stück.  
Verbotene Frucht.

!! BEREGISS !!  
Loos 33

Vorverkauf bei Sager.  
Vorzugskarten wochentags gültig.

**Neues Stadttheater.**

Dienstag, 31. Oktober. 7 1/2 Uhr.

Boll-Abonn. 40. Dienstags-Ab. 7.

**Tantris der Narr.**

Drama von Ernst Hardt.

Mittwoch, 1. November. 8 Uhr.

Bei kleinen Preisen!  
Gastspiel Grete Braun vom Hamburger Operetten-Theater.  
Der Bettelstudent.  
Operette von Milföder.

Ein neuer Jahrgang und wieder ein starkes Wachstum!



1903-4-5-6-7-8-9-1910.

Genau wie diese Palme gewachsen ist, ist der Konsum in

Palma (Pflanzstoff) u. Palmona (Pflanzen-Butter-Margarin.) in den letzten sieben Jahren gestiegen. Diese Tatsache ist der beste Beweis dafür, daß unsere Produkte einem wirklichen Bedürfnis entsprechen. Es wird bald keinen deutlichen Hansbalt mehr geben, in dem Palma und Palmona nicht zu finden sind. Niemand sollte dabei veräumen, einen Versuch damit zu machen.



H. Schölnck & Co. H.-G.

## Politischer Umschwung am Stillen Ozean.

Aus New York wird uns geschrieben:

Fast über Nacht hat Kalifornien, der zweitgrößte Staat der nordamerikanischen Union, sich in die vorderste Reihe der demokratischen Staaten gestellt: Mit Zweidrittelmehrheit haben die Bürger des sonnigen Staates am Stillen Ozean am 10. Oktober eine Reihe fortschrittlicher Verfassungsänderungen beschlossen, die in ihrer Gesamtheit einer friedlichen Revolution gleichkommen und dem Volke alles geben, was der freieste Staat Europas, die Schweiz, nur als Ergebnis mehrhundertjähriger Entwicklung besitzt: die direkte Gesetzgebung in Gestalt der Initiative und des Referendums, und darüber hinaus noch das Recht der Aberufung von Inhabern politischer Wahlämter durch das Volk und schließlich das Frauenstimmrecht. Die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen ist zwar nur mit knapper Mehrheit erfolgt, nachdem die ersten, vorwiegend auf die städtischen Wahlergebnisse gestützten Meldungen sogar eine Ablehnung jenes Amendements behauptet hatten. Die Rückberufungsklausel („Recall“), die namentlich in das Staatsgrundgesetz Kaliforniens übergeht, schließt auch die Richter ein. Unter den übrigen Verfassungsätzen, die am gleichen Tage zur Annahme gelangten, befindet sich auch ein Haftpflicht-Amendement, das den Arbeitern Entscheidung bei Verletzungen durch Betriebsunfälle garantiert, jedoch geben die Nachrichten aus Kalifornien keine Auskunft darüber, was jenes Amendement genauer belagt und wie weit es seinen Beruf erfüllt.

Die Wahl in Kalifornien ist mit der Annahme dieser Verfassungs-Amendements das schlagendste und wirksamste Beispiel für die seit einigen Jahren immer stärker hervortretende radikal-demokratische Strömung in den amerikanischen Massen, die sich endlich gegen den brutalen und gannetischen, alles korrumpierenden Großkapitalismus zu erheben beginnen und am bezeichnendsten ist nach dieser Richtung die gewaltige Mehrheit, die sich für das Rückberufungsrecht ergeben hat. Die deutschen Arbeiter sind seit einer Reihe von Jahren dank einer gründlicheren Berichterstattung in ihrer Presse über die schützende Rolle gerade des amerikanischen Richtertums im Klassenkampfe unterrichtet — brauchen sie sich hierzu doch nur der famosen „Einhaltsbefehle“ zu erinnern, durch die amerikanische „Unions“ wiederholt bei Androhung schwerer Strafen gerichtlich angehalten wurden, ihre Leute zum Streikbruch zu kommandieren. Das Rückberufungsrecht kann gegenüber einer solchen Sorte von Richtern zu einer durchaus brauchbaren Waffe für die Arbeiter werden.

Präsident Taft, der die kürzlichen kanadischen Wahlen, womit das Volk der Dominion die handelspolitische Gegenfeitigkeit mit Daniel Sam ablehnte, nach seinem Eingeständnis als „einen Schlag mitten ins Gesicht“ empfindet, kann jetzt über einen zweiten, noch unangenehmeren Schlag dieser Art quittieren, hatte er sich doch erst vor wenigen Wochen demonstrativ gegen den „Recall“ festgelegt und dem Staate Arizona die Aufnahme in den Staatenbund der großen Republik verweigert, lediglich, weil das Volk von Arizona das Recht der Rückberufung gewählter Beamter, einschließlich der Richter, in seine Verfassung aufgenommen hatte. Tatsächlich hatte Taft es auf diese Weise auch durchgesetzt, daß der „Recall“ aus der Ver-

fassung Arizonas ausgemerzt wurde. Nachdem nunmehr Arizonas Aufnahme in die Union vollzogen ist, wird der junge Staat zwischen der mexikanischen Grenze und dem Colorado-Strom durch nichts gehindert, es so zu machen, wie der ältere Schwesterstaat am Stillen Ozean es ihm vorgezeichnet hat, und die von Taft gestrichene Rückberufungsklausel nun aus eigenem Rechte als souveräner Staat der Union wieder in sein Grundgesetz hineinzuschreiben. Und daß Arizona damit kaum lange zögern wird kann schon jetzt vorausgesetzt werden, und daß die Bewegung zur Stabilisierung reiner Volksherrschaft dann bald den ganzen Westen der Vereinigten Staaten ergriffen haben wird, ist ebenso sicher. Der Westen ist aber bisher gerade die eigentliche Domäne der republikanischen Partei, deren radikaler Flügel dort längst Oberwasser gewonnen hat, ist es doch speziell auch in Kalifornien ein progressiv-republikanisches Staatsparlament, das jene radikalen Verfassungsänderungen mit Vierfünftelmehrheit angenommen und der Volksentscheidung unterbreitet hatte. Das Volk Kaliforniens hat aber keine Entscheidung abgegeben in jult denselben Tagen, da Präsident Taft in den westlichen Staaten herumfährt und mit emphatischen Warnungen und verletzenden Drohungen gegen den überhandnehmenden Radikalismus wettert.

Mit tiefer Genugtuung ist auch bei allen fortschrittlich gesinnten Männern, mehr noch bei den Frauen des Landes die Nachricht von dem Siege des Frauenstimmrechts am Stillen Ozean aufgenommen worden. Die Stimmrechtskämpferinnen haben bereits vor 15 Jahren einmal vergeblich an das Volk Kaliforniens appelliert. Damals wurden sie mit einer geringen Mehrheit geschlagen, und zwar stellten den größeren Teil dieser reaktionären Mehrheit die damalig noch wahlberechtigten Chinesen. Diesmal haben die kalifornischen Frauen ihren Sieg hauptsächlich der Hilfe des kalifornischen Farmertums zu danken — die großen Städte mit San Franzisko an der Spitze hatten unter dem Einfluß der durch und durch korrupten bürgerlichen Partei — „Machiner“ — kleine Mehrheiten gegen das Frauenstimmrechts-Amendement geliefert. Überflüssig zu sagen, daß auch in Kalifornien die sozialistische Partei die einzige war, die das Wahlrecht der Frau auf ihre Fahnen schrieb. Mit dem Eintritt der Frauen Kaliforniens in die Wahllokale wird nun die lange Herrschaft der übelsten politischen Korruption, die sich ja in dem „Land der Freien“ breit machen konnte, ein für allemal aufgehört haben, und die internationale Frauenbewegung hat zugleich in ihrem langen und zähen Kampfe einen ihrer herrlichsten Triumphe erstritten, der für die nordamerikanische Riesenrepublik und auch in seiner mittelbaren Wirkung auf die politische Entwicklung in der Alten Welt von epochenmachender Bedeutung sein mag.

## Grausamkeiten in Spanien.

„Demokrat“ Canalejas, der seine Regierung mit den großartigsten Reformversprechungen angetreten hat, zeigt sich jetzt nicht allein als Ordnungsmann gefährlicherer Sorte, der sich allen Ansprüchen der hohen Militärs widerstandslos fügt: es herrscht auch unter seinem Regiment dasselbe infame System der Menschenquälerei gegenüber den politischen Gefangenen, wie unter seinem gegenläufigen Vorgänger und Vorbilde Maura. Unter der Überschrift

„Die Torturen beginnen wieder“ schreibt Malat in der Pariser „Bataille Syndicaliste“ von furchtbaren Greueln. Bereits sind wieder 2000 Personen verhaftet. Am schlimmsten wütet die „Ordnung“ in der Gegend von Valencia, wo infolge des furchtbaren Bauernelends die Volksbewegung einen heftigeren Charakter angenommen hatte. In Valencia selbst sind die Mitglieder aller Arbeitervereinigungen, die Lehrer und das Komitee der modernen Schule in Haft, ihre Lokale geschlossen. In Cullera, wo ein Richter und ein Ortsdiener getötet wurden, wurden die Räume aller politischen Vereine, selbst der monarchistischen Liberalen, geschlossen. Man hat die Mitglieder aller dieser Vereine und 300 andere Personen verhaftet und sucht sie durch Grausamkeiten zu nötigen, sich als Täter zu bezeichnen. Man hängt sie an den Beinen auf und schlägt sie mit Stöcken. Dazu wird die feilliche Folter angewandt, die Gefangenen auf den Kirchhof zu führen und sie mit lebendigem Eingraben zu bedrohen! Überhaupt gehört das Spiel mit der Qual der Todesangst zu den beliebtesten Vergnügungen der Henkersknechte, die in den Scheußlichkeiten der Stierkämpfe wie in den blutrünstigen Heiligenlegenden der Kirche Vorbild zur raffinierteren Menschenquälerei erfahren haben. So wurden während der früheren Verfolgungen der „Schwarzen Hand“ verzweifelte Bauern, die sich zu anarchischen Gewalttaten hatten hinreißen lassen, die Leute ins Freie gebracht und ihnen die Augen verbunden unter dem Vorgeben, ihre Leidensgefährten seien erschossen, und nun kämen sie schon selbst an die Reihe. Jetzt erfüllen die Schmerzensrufe der Gemarterten die Straßen der Stadt und erregen Entsetzen. Ein Teil der Gefangenen wurde nach Valencia in das Mustergefängnis überführt, wo sie nicht menschlicher behandelt werden. In Cullera und anderen Orten hat man den Ortsvorsteher und andere Organe verhaftet, da sie gegen die Rebellen mit zu großer Milde vorgegangen seien.

Die Leute auf den Straßen wagen nicht mehr laut zu sprechen. Die Straßen wimmeln von Patrouillen und Späheln, und die leise Denunziation eines konservativen Bürgers genügt, um einen Menschen in den Kerker zu bringen. Ein Mann wurde verhaftet, als er das Haus verließ, um Medizin für seine im Wochenbett liegende Frau zu holen. Man weiß nicht, wohin er verschleppt worden ist. Die Polizei schleicht sich bei Nacht in die Häuser, die mit Dietrichen geöffnet werden, und verhaftet die Leute in ihren Betten, um sie dann vor den Augen ihrer Familien zu mißhandeln.

Auch die Transporte von einem Gefängnis zum andern erfolgen in der Stille der Nacht und unter den größten Grausamkeiten. Die spanische Presse schweigt. Die Zensur erstickt jedes Wort.

Die Monarchie der blut- und schmutzbedeckten Bourbonen will vor ihrem Zusammenbruch noch einmal beweisen, wie sehr ihre Bewegung ein Gebot der Menschlichkeit ist. Schön aber ist es, daß auch hier wieder ein bürgerlicher „Demokrat“ sich gefunden hat, um den Helfershelfer der Henkersknechte zu spielen.

## Aus der Partei.

Fortschritte der Partei in Schlesien. Das jüngste schlesische Parteiblatt, „Die schlesische Bergwacht“, die seit dem 1. September d. J. als Kopfblatt der Breslauer „Volkswacht“ für den Kreis Waldenburg erschien, hat sich jetzt ganz selbständig gemacht. Seit dem 28. Oktober erscheint das Blatt in eigener Druckerei und unter eigener

## Mut zur Sünde.

Roman von Max Kreger.

(27. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Kornelius nahm die Brille ab und legte sie neben sich auf das Pult, was immer ein Zeichen dafür war, daß ihn wichtige Dinge zur Unterhaltung zwangen; dann rieb er sich die Nase und schüttelte bedauernd mit dem Kopf. Natürlich dachte er zuerst an den Kummer der verehrten Frau Chef, wenn sich ähnliches wiederholen würde, was wohl anzunehmen sei.

„Die Trunksucht, die Trunksucht, tja, tja.“ Und er kam darauf zu sprechen, daß dieser Rückfall bei Sänger Emmerich eigentlich nichts Auffallendes enthalte, da es doch bekannt sei, daß er eine Unmenge Champagner in seinem Leben getrunken habe, wodurch hauptsächlich der Ruin in seiner Stimme eingetreten sei.

Günther horchte auf. „Das dachte ich mir schon längst“, sagte er, „dann ist überhaupt nichts mehr aus ihm zu machen. Begreifen Sie überhaupt Mama?“

„Ja, ich begreife sie wohl.“ erwiderte Gerold, „sie handelt eben aus Pietät für die selbige Großmama. Und um die Pietät ist es ein schönes Ding. Tja. Wer läßt sie noch heute?“

Günther, der mehr wußte, ließ ihn ruhig reden. Zum Glück ließ sich Emmerich während des ganzen Tages hier oben nicht blicken, woraus Günther schloß, daß er sich doch wohl ein wenig schäme. Erst am Abend erfuhr er durch Remin, daß der Unerwüthliche keine Mittagspause gemacht, sondern die Zeit auf dem Sofa seines kleinen Schreibzimmers durchgeschlafen habe. Frobel junior hat ihn, darüber zu schweigen, denn es sei zu hoffen, daß sich das nicht wiederholen werde. Und Remin nicht verständnisvoll, denn er hatte dafür geforgt, daß von den anderen da unten niemand davon erfährt. Obgleich er sich ein wenig verdrängt sah, sozusagen in das zweite Glied zurückversetzt, ging ihm doch das Wohl des Geschäftes über alles; auch fühlte er sich gehört dadurch, daß Frobel junior ihn derart in das Vertrauen zog.

Am anderen Morgen kam Günther etwas später ins Kontor, weil Frau Frobel alle mit der Nachricht überraschte, daß Gertrud Granite in einem Brief voll herzlichster Freude die Einladung angenommen und über kurz oder lang in Berlin auftauchen werde. Das hatte natürlich zu einer längeren Unterhaltung Veranlassung gegeben; und ganz beson-

ders war es Edda, die sich schon in holden Träumen wiegte, was nun für eine lustige Zeit anbrechen werde. Natürlich dachte sie dabei zu allererst an die Partnerin auf der Eisbahn, denn Schlittschuh lief sie für ihr Leben gern.

Annemarie dagegen maulte, denn Herr Dietrich Frobel, der nun eine Stütze mehr im Geschäft wußte, beschäftigte sich neben seinen Münzen jetzt nur noch mit der Riviera, wohin er sich demnächst mit der Gängein und Fräulein Ahnhus aufmachen würde; selbstverständlich auch zu seiner eigenen Erholung. Ernestine war ärgerlich auf Günther, weil er diese Neugierde ziemlich gleichgültig einsteckte und sehr herablassend seine Meinung dahin zusammenfaßte, daß die „Kinder“ sich ja nun sehr gut amüsieren würden; worauf denn Edda ihr gewichtiges „Aber erlaube mal“ — einwarf, Annemarie jedoch in die Hände klatschte und vergnügt ausrief: „O, Edda, ihr seid noch Kinder! Und Scherzrad geht schon auf die achtzehn.“

Gerold war nicht zu sehen, dafür aber lag das Privatkontor wieder auf seinem Pult, achlos von ihm zurückgelassen, da er sich allein wußte. Günther trat zerstreut heran und warf einen Blick auf die Seiten, ohne eine böse Absicht zu haben. Als er aber den Folianten aufschlug und plötzlich auf den Buchstaben „G“ stieß, der oben, als Kopf geschrieben, nur in Punkten auslief, wurde er neugierig, zu erfahren, was das zu bedeuten habe; denn er sah immer nur Ausgaben, und zwar waren Summen ausgeworfen, die zwischen hundert bis tausend Mark schwankten. Er konnte sich nicht in die Einzelheiten vertiefen, denn hinter der Tür glaubte er die flebrige Stimme des Alten zu hören, die manchmal etwas Krächzendes hatte. Rasch schlug er das Buch wieder ordnungsgemäß auf, legte das Lösblatt quer über die Blätter, so wie er es vorgefunden hatte, und erreichte mit ein paar Sprüngen seinen Post, auf dem er eine rührend harmlose Haltung annahm. Denn er wußte, wie der Bräve dieses Buch bewachte, fast wie ein alter zahmlöcher Kettenhund, der meistens noch durch rücksichtsloses Knurren andeutete, was man bei unerlaubter Annäherung zu erwarten haben werde.

„Si, schon hier? Das wußte ich gar nicht“, gurgelte der Bräve hervor und feuerte dann nach seinem Gruß mit einer Giltfertigkeit auf sein Pult zu, als müßte er seinem Leben nachlaufen. Dann sagte er ein Weilchen gar nichts, pustete jedoch unjomehr. Günther aber sah, wie er, kaum die Brille von der Stirn gerückt, die spitze Nase nach rechts und links über den Folianten und dann über jede Einzelheit auf der Pultplatte hin- und hergehen ließ, um sich zu überzeugen, ob irgendwo nicht fremde Hände hier tätig gewesen wären. Ein paar mal räusperte er sich, um auf diese

Art sein Unbehagen anzudeuten; dann, nachdem er über die Brille hinweg genug messende Blicke auf des jungen Frobels gleichgültige Ritze geworfen hatte, kam ihm das Schweigen verdächtig vor.

„Ich hatte nur ein paar Minuten bei Herrn Kopplin zu tun“, begann er horchend. „Sind Sie schon lange hier, werter Herr Günther? Wenn ich mir die Frage erlauben darf.“

„Eben erst den Reitbock bestiegen“, heuchelte Günther. „Hören Sie nicht, wie er noch knarrt? Hatten Sie etwas für mich?“

„Durchaus nicht, durchaus nicht. Es war nur so eine Frage, tja.“

„Was machen Sie denn heute Schönes?“ spielte Frobel junior den Ahnungslosen weiter.

„Nachträge, Nachträge“, erwiderte Gerold, erschlichlich beruhigt. Denn so hätte sich doch wahrhaftig kein Mensch vorstellen können, wie dieser prächtige Junge da drüben. Und außerdem hat mir Herr Ahlemann wieder etwas angedroht; so rückständige Dinge, wissen Sie, werter Herr Günther, vor denen sich die Herren da drin ekeln.“

„So“, sagte Frobel junior ohne jedes Interesse. „Betrachten Sie das doch als Auszeichnung.“

„Tja, tja“, lachte Kornelius hervor, nun schon ganz vergnügt. „Wissen Sie, was Herr Kopplin soeben zu mir sagte? Ich würde das Prädikat „Bücherrevisor“ bekommen. Ein kleiner Klugschneider, der. Denn ich weiß schon, was sich dahinter versteckt. So ein Pendant zu dem Repräsentanten. Tja. Und wissen Sie, womit ich ihm darauf biente? Man würde ihn zum Geldspindknacker ernennen. Denn eigentlich, wissen Sie, wollen wir ehrlich sein, macht er doch weiter nichts, als den Schrank morgens aufzuschließen, zu fällt er ja ganz allein. Na, und was das Geld anbetrifft, das rollt schon von selbst. Tja, tja.“

Er lachte, wie immer etwas grämlich, und Günther lachte mit, obgleich er nicht dazu aufgelegt war, denn fortwährend bewegte ihn die gemachte Entdeckung. Er hatte nur flüchtig die Kontofolien überblicken können, dabei aber die Gemüthsart erlangt, daß diese Opfer viele Jahre umspannten und ein kleines Vermögen summierten.

Während Gerold mit Gleichmut seine Feder ansetzte, fleißig weiter schrieb, mit den Belegblättern hantierte und dann wieder eine Zahl neben die andere setzte, blickte Frobel junior starr über die zarten Stoffvorleger hinweg in den Hof hinaus. Nur Emmerich konnte damit gemeint sein, nur er allein. Und war dieser Mann es wert, daß man Tausende an ihn hingab? Ging die alte Liebe seiner

Redaktion. Der Druckereibetrieb ist modern eingerichtet. In die Redaktion, die sich jetzt in Neu-Salzburg bei Waldenburg befindet, sind eingetretene als leitender politischer Redakteur Genosse Richard Schiller, früher am Kölner und Breslauer Parteiblatt tätig; Lokal- und Feuilleton-Redakteur ist Genosse Emil Rabold, früher in Bremen und Breslau tätig; die Provinzredaktion führt Genosse Paul Lucher, Waldenburg. Da die „Schlesische Bergwacht“ vom Erscheinungstage an auch als Parteiorgan für die benachbarten Kreise Schmeidnitz, Striegau, Freiburgen, Hirschberg, Schönau, und Landeshut-Bolkenhain-Gauer bestimmt ist, beträgt seine Auflage fast 15 000 Exemplare. Die Genossen hoffen, während des Wahlkampfes diese Ziffer noch beträchtlich erhöhen zu können.

**Ein Beitrag zur Krankenkassenfrage.** Die in Leipzig erscheinende Monatschrift für Kassenbeamte veröffentlichte dieser Tage Anschuldigungen gegen die Verwaltung der Gemeinsamen Ortskrankenkasse zu Erfurt, nach welchen ein „nationalgefärbter Kassenbeamter K.“ (es handelt sich um den kassenassistenten Gustav Ruhig) deshalb entlassen worden sei, weil er nicht der sozialdemokratischen Partei angehöre. Um diesen Terrorismus zu verdecken, sei er zu unrecht beschuldigt worden, weiblichen Personen gegenüber ein unsittliches Verhalten während der Geschäftszeit an den Tag gelegt zu haben. Dagegen sei einem Genossen, der wirklich stittliche Verfehlungen begangen habe, die erwiesen seien, kein Haar gekrümmt worden. Auf diese Anschuldigungen antwortet der Vorsitzende der Gemeinsamen Ortskrankenkasse, ein der Sozialdemokratie völlig fernstehender Geschäftsinhaber, daß Ruhig nicht nur wegen wiederholter grober Mißhandlungen entlassen worden sei, die er sich gegen weibliche Personen zuschulden kommen ließ, sondern auch wegen anderer Verfehlungen, die gegenwärtig die Staatsanwaltschaft unterjucht. Die gegen einen anderen Kollegen von Ruhig erhobenen Anschuldigungen haben sich nach eingehender Untersuchung als falsch erwiesen. Es verdient noch erwähnt zu werden, daß dieser angebliche „Genosse“, der von Ruhig verdächtigt wurde, der Sozialdemokratie so fern steht, wie der dem Reichsverbande angehörende „nationale“ Herr Ruhig. Von sämtlichen 13 Kassenangehörigen gehört unseres Wissens nur einer der sozialdemokratischen Partei als Mitglied an, die Mehrzahl der anderen stehen auf sogenanntem „nationalem“ Boden. Unter Erfurter Parteiorgan enthält außerdem, daß der Herr Ruhig noch voriges Jahr sich in persönlichen Angelegenheiten an die Redaktion der „Erbüne“ brieflich um Rat gewandt hat, der ihm bereitwillig erteilt wurde, und daß Ruhig bei dieser Gelegenheit wie auch anderen Personen gegenüber keinen Zweifel über seine starke Sympathie für die Sozialdemokratie ließ. Ja, sich sogar als Sozialdemokrat bezeichnete. Der Reichsverband wird sonach keine Freude mit dem neusten Fall von Mißwirtschaft in sozialdemokratischen Krankenkassen erleben. Herr Ruhig ist gleich bei seinem ersten Auftreten zum „stillen Mann“ gewacht worden.

**Ein sozialdemokratischer Beigeordneter bestätigt.** In Steinbach im Taunus, einem mitten im preussischen Gebiet liegenden Ort der 1866 bei der großen preussischen Grenzrevision in Preußen wurde, ist am 4. September d. J. Kenoße zum Beigeordneten gewählt worden. Unsere Genossen sind schon darauf, daß Kof nach dem neuen Gesetz nicht mehr bestätigt werden würde. Wieder erwarten hat aber das Kreisamt Offenbach unsere Genossen doch bestätigt. Wir haben jetzt in Steinbach neun sozialdemokratische Gemeinderäte und einen Beigeordneten.

**Sozialistische Blindenliteratur.** Von der „Neuen Zeit, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Sprache“ ist heben das 1. Heft des dritten Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Weltanschauung. Von A. Wannebeck. — Die kommenden Reichstagswahlen. Von A. Heides. — Wie entstand unsere Erde. Von M. A. Raage. — Multatuli. M. W. — das Erlöserwort. Gedicht von Ernst Brezgan. — Notizen. — Blindenwesen. — Hierzu die wissenschaftliche Beilage, in welcher die Kritiker „Aus der Geschichte der Sozialdemokratie“ von Wilhelm Schröder zum Abdruck gelangt. Der Bezugspreis des Heftes beträgt bei sechsmonatlichem Erscheinen pro Jahr 3.60 Mk. für Deutschland und Österreich-Ungarn und 4.50 Mk. für die übrigen Staaten. Anfragen und Bestellungen sind an A. Wendt, Berlin N. 39, Sprengelstr. 1, zu richten. Die Zeitschrift wird nicht im Buchhandel vertrieben, sondern kann nur durch die genannte Adresse bezogen werden.

## Der Krieg.

Der Kriegskorrespondent des „Daily Telegraph“ tritt den überichwenglichen Berichten der italienischen Presse über die Zahl der Anreiter in dem Gelechte in der

Nacht zum Donnerstag entgegen. Er sagt, mehr als 500 Araber und Türken auf einmal habe man überhaupt nicht gesehen. Bei dem ganzen Gelechte dürften überhaupt nicht mehr als insgesamt 1500 Mann im Feuer gestanden haben. Es sei ausgeschlossen, daß die Italiener, wie sie angeben, 1100 Türken und Araber getötet und verwundet haben. In englischen Blättern wird übrigens behauptet, daß sich das Blatt auf dem Kriegsschauplatz infolgedessen gewendet hat, als die Türken die Italiener plötzlich zur Rolle des Verteidigers gezwungen haben. Es heißt, die Italiener hätten sich von allen Seiten so bedrängt gesehen, daß sie den Kreis um die Stadt immer enger ziehen mußten. Es würden deshalb weitere Verstärkungen in Höhe von 50 000 Mann von Italien abgehen.

Nach in Konstantinopel umgehenden Gerüchten sollen die vereinigten Türken und Araber in sehr blutigen Kämpfen, bei denen mehrere tausend Italiener in Gefangenschaft gerieten, Tripolis und Benghasi zurückerobert haben. Nach anderen Gerüchten hätten die Türken die Italiener nach siegreichen Gefechten aufgefordert, beide Städte zu räumen. Diese Meldung wird von ministerieller Seite dahin modifiziert, daß die Italiener, einer Depesche aus Malta zufolge, südlich von Tripolis eine entscheidende Niederlage erlitten und sich auf Tripolis zurückgezogen hätten, um Verstärkungen abzuwarten, die General Canova dringend verlangt.

Die italienische Presse sieht ein, daß es nicht mehr länger angeht, das Volk mit erlogenen Siegesnachrichten zu füttern, und daß man wenigstens einen Teil der Wahrheit eingestehen muß. So berichtet der „Secolo“ über den Kampf am Donnerstag: Am Morgen wurden eine halbe Stunde vor Morgengrauen die italienischen Stellungen im Südwesten der Stadt mit großer Kühnheit von den Arabern angegriffen. Die Araber haben diesmal den Kampf ganz allein geführt. Die italienischen Vorposten zwischen Nidi Nefsi und Bumeliana hatten den ersten Stoß auszuhalten. Die Feinde schienen wie aus der Erde gewachsen. Plötzlich ertönte aus einer Entfernung von nur 350 Metern über die Sanddüne her das Gewehrfeuer einer 600 Meter langen feindlichen Schützenkette. Die italienische Infanterie erwiderte sofort das Feuer, auch die italienische Artillerie griff ein. Dieser Abschnitt spielte sich noch im Dunkeln ab. Im weiteren Verlauf gelang es den Arabern, sich in einem dichten Gehölz festzusetzen und von dort aus ein Bataillon des 84. Infanterie-Regiments im Rücken anzugreifen. Zum Glück für dieses eilte italienische Kavallerie zu Hilfe, welche die Fühlung zwischen den Vorposten wiederherstellte. Während dieses Kampfes führten verschiedene andere arabische Abteilungen einen Stoß gegen die rechte Flanke der Vorpostenlinie. Dabei gingen sie mit einer so ungläubigen Wut vor, daß das 40. Infanterie-Regiment zu einem Gegenstoß mit dem Bajonette ausholen mußte, wobei es dann auch den Gegner zum Weichen zwang. Auch auf der linken Flanke versuchten die Araber einen Angriff. Den Hauptstoß hatte aber das Zentrum der italienischen Stellung auszuhalten. Herr wurden die Araber erst nach einem fünfständigen Kampfe zurückgeworfen.

Oberst Neschat jendet an das türkische Kriegsministerium ein Telegramm über den Kampf gegen die Italiener am 23. Oktober. Der Kampf währte danach zehn Stunden. Die Italiener hatten 400 Tote. Die Türken erbeuteten einige hundert Esel, Gewehre und zahlreichen Proviant.

## Die heftigen Landtagswahlen.

Die „hälftige Erneuerung“ der heftigen zweiten Kammer wird am Freitag, dem 3. November, vor sich gehen. Die Reform des heftigen Landtagswahlrechts vermochte auch diese veraltete, die politische Entwicklung des Landes hemmende Bestimmung des alten Wahlgesetzes nicht zu beseitigen. Nicht einmal die einmalige gänzliche Erneuerung des Landtages wagte die Mehrheit zu beschließen aus Furcht vor der Sozialdemokratie, obwohl nunmehr direkt gewählt wird und der neue Landtag sonach nach zwei ganz verschiedenen Wahlsystemen zusammengesetzt sein wird. Von den fünfzig bisherigen Landtagsabgeordneten scheidet also die Hälfte aus und dazu kommen die acht neuen durch die Wahlreform geschaffenen Mandate, von welchen je eins

auf die Städte Mainz, Darmstadt, Gießen, Offenbach und Worms und je eins auf die ländlichen Bezirke der drei heftigen Provinzen entfällt. Es sind also 88 Mandate neu zu besetzen, von welchen bisher acht im Besitze der Nationalliberalen, sieben in dem der Bauernbündler waren, während fünf dem Zentrum, drei der Sozialdemokratie, einer den Freisinnigen und einer den „Wilden“ gehörte.

Die Konstellation der bürgerlichen Parteien im gegenwärtigen Wahlkampfe wird ganz von der Furcht vor der Sozialdemokratie beherrscht. Wo die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten von vornherein ganz aussichtslos erscheint, da gibt es meist eine heftige Kampfbereitschaft um die Leute bei den Bürgerlichen. Dort jedoch, wo irgend eine Aussicht auf Erfolg des Sozialdemokraten bestehen könnte, liegen sich die feindlichen Brüder gerührt in den Armen, ziehen je nach den Verhältnissen im Wahlkreise Bündler, Nationalliberale oder Zentrum ihre Kandidaten zugunsten eines Kandidaten der „befreundeten“ Partei zurück, in der Zuversicht, daß es im benachbarten Kreise umgekehrt gemacht wird.

Eine zugleich traurige und lächerliche Rolle spielen diesmal die heftigen Freisinnigen. Während diese bei den letzten, im Jahre 1908, stattgehabten Landtagswahlen mit sehr geringen Ausnahmen entschlossen zur Sozialdemokratie standen — es handelte sich um die ja leider nicht gelungene demokratische Gestaltung der Wahlreform — suchten sie jetzt fast überall Fühlung nach rechts, mit dem politisch besonders schwer kompromittierten heftigen Nationalliberalismus. Ihr Angebot eines Zusammengehens mit diesem wurde aber von den völlig dem Zentrum und den antisemitischen Bündlern verfallenen Nationalliberalen überall abgelehnt. Während der Freisinn in Oberhessen dann meist selbständig vorging, entschloß er sich anderswo, seinen Anhängern die Stimmabgabe für den Nationalliberalen oder den Sozialdemokraten frei zu lassen; in einigen Kreisen verstand er sich aber zur bedingungslosen Unterstützung der Nationalliberalen. In Mainz erwuchs ihm dafür schöner Lohn, denn hier entschlossen sich nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch die Ultramontanen, den „freisinnigen“ Kandidaten tatfräftig zu unterstützen und so den Sozialdemokraten die Wiedergewinnung des 1908 verlorenen Mainzer Mandats unmöglich zu machen. Die jämmerliche Haltung des heftigen Freisinn bei den Landtagswahlen wird ihm jetzt nichts einbringen, bei den dann folgenden Reichstagswahlen aber bitter an ihm gerächt werden.

Die Furcht der bürgerlichen Parteien vor der Sozialdemokratie entlammt zunächst den Erfahrungen, die man bei den Reichstagswahlen in Gießen-Nidda und Friedberg-Waldungen gemacht hat. Aber auch die Furcht des bösen Gewissens wirkt hier mit, denn die Verfündigung der bisherigen Landtagsmehrheit an den politischen Rechten des Volkes, die Preisgabe wichtiger Rechte der zweiten Kammer selbst an die Herrenkammer, die hoffnungslose Finanzlage Hessens, alles das schreit zum Himmel und hat tiefste Erbitterung in den Wählerkreisen verursacht. Und doch konnten die Machthaber in Hessen ruhig schlafen. Sie haben es durch ihre skandalöse Wahlreform nur zu gut verstanden, vorläufig wenigstens nach der Abrechnung zu entgehen. Das schandbare Pluralwahlrecht (Zweistimmenrecht für Wähler über 50 Jahre) schafft insbesondere in den ländlichen Bezirken, bei dem erheblich höheren Durchschnitt der bürgerlichen Bevölkerung gegenüber den Arbeitern, den Bündlern und dem Zentrum erhebliche Vorteile. Aber auch in den Städten überwiegt die Zahl der über 50 Jahre alten bürgerlichen Wähler verhältnismäßig erheblich die der proletarischen. In ganz Hessenland bleibt die Stimmenzahl der Altmännerwähler nur um etwa 12 000 hinter der der Wähler mit einer Stimme zurück. Den Schaden hat allein die Sozialdemokratie. Die verschärfte Steuerrückstandsklausel wird dann in diesen Tagen unerträglich teuer Tausenden von Arbeitern das Wahlrecht kosten. Dazu kommt die schamlose neue Wahlkreiseinteilung, die ganz auf das Interesse der drei Mehrheitsparteien zugeschnitten wurde, zum Schaden der Sozialdemokratie wie des Freisinn. Die heftige Sozialdemokratie dürfte unter diesen widrigen Umständen am 3. November kaum mehr wie die besessenen Mandate erhalten, trotz alledem aber wird ihr, die in sämtlichen Wahlkreisen Kandidaten aufstellte, in fleißiger Agitation doch eine nicht geringe Vermehrung ihrer Stimmenzahl sicher gelingen. Die eigentliche Quittung für die Schandthaten der reaktionären Mehrheit wird in Hessen erst der 12. Januar bringen können.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Teuerungszulagen für städtische Arbeiter in Fürth i. B.** In der Magistratsitzung vom 26. Oktober wurde beschlossen, den Arbeitern auf die Zeit vom 1. Oktober 1911 bis 31. März 1912 folgende Teuerungszulagen zu gewähren: Ledigen Arbeitern und verheirateten Arbeitern ohne

Mutter wirklich so weit? Ein Rästel lag ihm im Sinn, ein seitlames Rästel, nach dessen Lösung er vergeblich suchte. Verwirrte alles auf natürlichen Dingen, dann war dieser Mensch da unten ein Vergewalter, der wahrhaftig die Großmutter der Mutter nicht verdiente.

Er war schon genug, Herold vorläufig in Sorglosigkeit zu erhalten. Einige Tage später jedoch, als der Alte das Buch nicht mehr vor sich hatte, forschte er sorgsam weiter, da das Gespräch gerade auf den Sänger gekommen war.

„Sagen Sie doch, Papa Herold,“ begann er so nebenbei seine Bemerkung. „Wieviel mag er eigentlich so im Laufe der Jahre schon von uns geschuldet haben?“

„Der dem?“ fragte Kornelius zerstreut, da seine Gedanken wieder bei der Arbeit waren. Er blickte erst verblüfft auf, als er hörte, daß kein anderer als Emmerich damit gemeint sei. Ein Schreck durchfuhr ihn, denn sein Verdacht von neuem hing wieder hell in ihm auf. Zum Glück beschwor ihn Herold junior sofort mit der kleinen Notiz, daß seine Mutter etwas davon habe fallen lassen.

„Frau Mama?“ Kornelius Herold lächelte ungläubig. „Sollte da nicht ein kleiner Irrtum vorliegen, Herr Günther?“

Und der junge Frobel ging in die Halle. „Nein, nein, es war Papa, Sie haben recht. Es wurde soviel durcheinander geredet.“

Nun lächelte Herold noch überlegener, denn er mußte beistimmen. „Ach ja, der Herr Papa,“ rief er aus, aber es geschah, als wollte er sagen: Der Dummkopf. Denn diese Wendung konnte ihn noch weniger erschüttern.

Der gute Herr Dietrich Frobel, der sollte es wohl wissen! Der hatte wohl die Berechnung, oder vielmehr: er durfte sich die Berechnung nehmen, sich einmal im großen Kontor des Kassabuch anschlagen zu lassen, in dem nach Schema F einfach die Einnahmen verzeichnet waren, die Herr Koppelin, der Kassierer, für den Privatgebrauch aus den eingegangenen Geschäftspapieren erkranklos zu zahlen hatte — aber von dem was hier in dem Geschäftsbuch stand, hatte er keine blasse Ahnung! Und was alles stand hier drin: Die Erträge der Mieten aus den Häusern, die Zinseinnahmen für ausgeliehene Hypotheken, die Einnahmen (natürlich auch Beiträge) aus Jahresspazierkarten usw. usw. überhaupt ziffer-

mäßige Debet und Kredit eines großen vielverzweigten Privatvermögens, über das, getrennt vom Geschäftsvermögen, an Ordnung gewohnte Leute bis auf den Pfennig Buch zu führen pflegen. Ja, Herr Frobel junior hatte nicht zuviel gesagt, wenn er ihn, den alten Rechenkünstler Kornelius Herold, mit einem Handlungsminister verglichen hatte. Tja, tja!

„Ach, das sind so Lappalien... kleine Unterfügungen, — wie sie wohl in jedem großen Hause vorkommen,“ sagte er gleichgültig.

„Na, Sie müssen's ja wissen,“ rief Günther zweideutig hervor. Als aber Herold darauf nichts erwiderte, fuhr es ihm ärgerlich heraus: „Häßliche Lappalien übrigens — die so in die Tausende gehen.“

„Davon weiß ich wirklich nichts,“ log Herold mit der Tapferkeit eines alten Veteranen, dem der Treueid über alles geht.

„Vielleicht bezieht er's von der Firma,“ fuhr Günther gelassen fort. „Koppelin wird es jedenfalls wissen.“

Da durchfuhr Herold auf's neue ein Schreck, der ihn ganz aus dem Häuschen brachte. Wenn man dieses Thema erst hinten, im großen Kontor anschlug, dann machte es Frau Frobel jedenfalls sehr unangenehm sein. Und so durchschnitt er jeden Zweifel darüber mit der Versicherung, daß die Firma mit diesen Dingen nicht das geringste zu tun habe, daß derartige Unterfügungen vielmehr von der Frau Chef ganz aus ihr Privatkonto genommen würden. In ernsten Augenblicken, wo ihm nur das Geschäftliche im Kopf lag, ging er auf das „Mama“ nicht ein, sondern half sich mit dem „Frau Chef“ über alles hinweg.

„Gut,“ rief Günther nicht locker. „Wieviel bezieht er also aus dem Privatkonto? Wollen Sie mir das sagen?“

Da redete sich Kornelius Herold und nahm eine schroffe Haltung an, wie sie Frobel junior noch nie an ihm beobachtet hatte. „Das sind sekrete Dinge, ganz sekrete Dinge, mit denen ich lebe und sterbe,“ sagte er trocken. „Ich bitte, nicht in mich zu dringen.“

„Gut, dann werde ich also Mama fragen,“ drohte Günther mit einem Lachen.

Wenn die Frau Chef Ihnen das sagt, dann bin ich entlastet,“ erwiderte Herold knurrig. Dann aber verließ er seinen Stand und trat auf Günther zu, um ihn zu bitten,

solche Fragen doch lieber nicht anzuschneiden; ihm zuliebe nicht, denn er könne dadurch in den Verdacht kommen, sich darüber geäußert zu haben. Im übrigen würde die liebe Frau Mama doch wohl am besten wissen, was sie zu tun und zu lassen habe.

Günther beruhigte ihn zwar, zerbrach sich aber weiter den Kopf über diese verwickelten Dinge, denn Herolds Meinung, seine Mutter könne unmöglich darüber gesprochen haben, gab ihm zu denken. Sicher hing das mit den großen Summen zusammen, denn sonst hätte sie wohl niemals von den „kleinen Unterfügungen“ gesprochen. Schließlich redete er sich ein, daß es sich wohl darum gehandelt haben werde, dem Sänger aus alter Freundschaft die verlorene Stimme wiederzugeben. Und als die Nacht dazwischen lag, kam er ganz darüber hinweg.

Kurze Zeit darauf vertraute ihm Herold an, daß Sänger Emmerich, der in letzter Zeit seine Schritte garnicht mehr bis jenseits des großen Kontors gelenkt hatte, weil er schmolste, ihn nach den Gründen der plötzlichen Abneigung Günthers gefragt hatte, wonach dann Kornelius schaltheftige Antwort gewesen sei: im Hause Frobel liebe man die weißen Westen bei der Arbeit nicht, besonders Herr Günther hätte es gern gesehen, wenn man die „repräsentationslose“ Zeit damit ausfülle, dem alten Remin nachzueifern, der sich nicht scheue, die Nase in jeden Winkel zu stecken.

„Wissen Sie, was er darauf gesagt hat?“ meinte Kornelius lachend. Er sagte: „Bestellen Sie nur dem lieben Günther, daß er mich auf allen vieren herumtrieden sehen wird — ihm zuliebe. Er soll nur herunterkommen, ich habe ihm alles verziehen. Nur keine Verachtung dem Onkel Sänger.“

Herold legte das zwar als ein Zeichen der Besserung aus, Günther jedoch fühlte sich davon nicht berührt. Und so folgte er auch den Lockungen nicht, als er hörte, daß Emmerich in der Tat andere Gewohnheiten angenommen habe, die sich von seinem bisherigen Perumntehen und Herummwandern vorteilhaft unterschieden. Er hatte den Weg einmal nach unten gemacht, ein zweites Mal wollte er seine gute Absicht nicht auf die Probe gestellt sehen. Denn er befürchtete den gewissen Rückfall auch in Gegenwart anderer. (Fortsetzung folgt.)

Kinder 20 Mk., verheirateten Arbeitern mit 1 bis 2 Kindern 30 Mk., mit 3 bis 4 Kindern 50 Mk. und mit 5 und mehr Kindern 60 Mk. Die Zulage wird in zwei Raten ausbezahlt und zwar die erste kurz vor Weihnachten und die zweite Mitte März.

**Zum Überfall die Maßregelung.** In Konstanz wurde der freierorganisierte Brauereiarbeiter Kurrer eines Nachts von zwei Individuen überfallen, mit einem Messer bearbeitet und mit den Worten in den Straßengraben gestoßen: „Jetzt verreck' Du roter Hund!“ Kurrer mußte sich infolge der erhaltenen schweren Verletzungen ins Krankenhaus begeben. Als er dieser Tage aus dem Krankenhaus entlassen werden konnte, wollte er in der konstanzener Löwenbrauerei seine frühere Tätigkeit wieder aufnehmen. Der Besitzer bedeutete ihm aber, daß er entlassen sei, „da er ihn nicht mehr gebrauchen könne.“ Der Besitzer der Brauerei mußte sich schließlich noch bequemen, dem Genossen Kurrer einen Wochenlohn wegen kündigungsfreier Entlassung auszuzahlen, weil in der Löwenbrauerei achtstägige Kündigung besteht. An jene Stelle soll ein Nichtorganisierte treten. Natürlich hat auch heute noch die Polizei keine Kenntnis von den feigen Attentätern, obgleich die Täter durch den Ausspruch von dem roten Hund, der ihnen wider Willen entfuhr, ihre Visitenkarten recht lesbar abgegeben haben.

## Zum Kampfe in der Westfälisch-Lippischen Tabakindustrie.

Immer stärker schwillt das Heer der ausgesperrten Tabakarbeiter an; über 9000 Beteiligte werden jetzt schon gezählt. Eine Begeisterung und Kampfesfreudigkeit herrscht unter den Tabakarbeitern auf den Dörfern des östlichen Westfalens in Lippe und Waldeck, wie man es wohl selten findet. Wahrlich, wer die wirtschaftliche Lage der kämpfenden kennt, muß diesen volle Sympathie widmen. Seit dem Tage, an dem die Finanzreform den Tabakarbeitern die Tabaksteuerung von 40 Proz. des Wertes des Tabaks zu den 85 Wfg. bestehenden Tabakzoll pro Kilo brachte, wurde die wirtschaftliche Lage einer schon auf der tiefsten Stufe des Glücks stehenden Arbeiterschaft noch erbärmlicher gesteuert. Ein unverdächtigter Zeuge, kein Hege, der Pastor v. Wobelschwingh, schildert in einer in der Druckerei im Institut Bethel bei Bielefeld gedruckten, von Wobelschwingh am 10. März 1908 in Dünne bei Bünde in Westfalen gehaltenen Rede das Los der westfälischen Tabakarbeiter folgendermaßen:

„Der Verdienst des Zigarrenarbeiters war nicht derartig, daß damit der Mann seine Familie ernähren konnte; er war es nicht, und ist es bis heute noch nicht. Einen Familienlohn, d. h. einen Lohn, mit dem der Vater Frau und Kinder ernähren kann, warf und wirft die Zigarrenindustrie nicht ab. Frau und Kinder mußten und müssen mitarbeiten.“

Eine Existenz, die auf die Arbeit kleiner Kinder aufgebaut ist! Die traurige Lage der Tabakarbeiter kommt aber so recht zum Ausdruck in folgenden Ausführungen des Pastors Wobelschwingh:

„Es ist aber immer als ein unnatürlicher und beklagenswerter Zustand zu betrachten, wenn die Frau durch die Verhältnisse gezwungen wird, sich von ihrer Pflicht als Mutter und Hausfrau so frei wie möglich zu machen, um imstande zu sein, mitzuarbeiten. Und das ist besonders zu beklagen bei der Zigarrenindustrie! Denn die Zigarrenindustrie gehört zu den gesundheitsgefährlichsten Industrien. Gerade in einer gesundheitsgefährlichen Industrie sollte die Frau, als die Mutter des zukünftigen Geschlechts, in besonderer Weise geschützt sein! Statt dessen hat gerade die Frau des Zigarrenarbeiters verhältnismäßig den noch schwereren Teil der Arbeit zu tragen, als der Mann. Während der Mann auf die Fabrik geht, muß die Frau in der Stube, wo gekocht und die Wäsche getrocknet wird, wo die Kinder spielen und auch der Tabak auf dem Ofen trocknet, die Zigarren herstellen; und vielfach sitzen auch die Kinder um die Mutter, um gleichfalls am Tabak mitzuhelfen! Kehrt dann der Mann von der Fabrik zurück, so sitzen Mann und Frau vielfach bis tief in die Nacht hinein nebeneinander an Arbeitstisch, um einen Wochenlohn von durchschnittlich 18 bis 25 Mk. zu verdienen. Wenn schon das Rauchen einer einzigen Zigarre bei den Nerventranken einen schweren nervösen Anfall hervorrufen kann, so liegt es auf der Hand, daß das beständige Einatmen der Tabakluft einen schädlichen Einfluß auf die Gesundheit haben muß. Dieser schädliche Einfluß wird freilich stark gemindert, zum Teil sogar aufgehoben da, wo durch Garten- und Feldarbeit der Körper genügend Erfrischung erfährt. Aber der eigentliche Zigarrenarbeiter stirbt früh. Die Totenbücher des Landes beweisen es. Am frühesten stirbt die Frau und Mutter, und die Vorboten des frühen Todes werfen ihre Schatten voraus. Die körperliche Kraft nimmt ab. Der Mann kann nicht mehr die Senie führen, manche Frau nicht mehr am Waschfaß stehen! Eine oft unwiderstehliche Mattigkeit des Leibes und der Seele bemächtigt sich früh einer großen Zahl von Zigarrenarbeitern; sterben sie nicht früh, so werden sie doch früh invalide. Es läßt sich nicht leugnen, durch die alte Gottesverheißung: „Auf daß Dir's wohlgehe und Du lange lebest auf Erden!“ macht die Zigarrenindustrie in ihrer heutigen Gestaltung einen Strich.“

„It diese Schilderung des Pastors v. Wobelschwingh nicht furchtbar! Dreißigtausend Arbeiter und Arbeiterinnen leben unter solchen traurigen Verhältnissen! Die elende Lage der Tabakarbeiter, wie sie Wobelschwingh schildert, war die vor Jahrzehnten der Tabaksteuer. Die Steuer hat dieses Elend aber noch ungeheuer vermehrt. Nach der Statistik der Berufsgenossenschaft war der Durchschnittsverdienst der Tabakarbeiter Deutschlands 1900: 541,08 Mark, 1906: 574,75 Mark. Er liegt dann auf 613 Mark im Jahre 1908, um im letzten Jahre auf 611 Mark zu sinken. Im Aussperrungsgebiet betrug der Durchschnittsverdienst 1910, im Kreis Herford 2,25 Mark, Kreis Minden 2,25 Mark, Kreis Lübbecke 1,75 Mark pro Tag. Für diesen Lohn wird aber manchmal bis 18 Stunden pro Tag mit Frau und Kindern gearbeitet!“

Die Zurückung der Tabake geschieht meist abends zu Hause. Mit Säcken beladen kommen die Tabakarbeiter von den Fabriken abends nach Hause, um dann noch den Tabak für den kommenden Tag zuzurichten. Nach Mitternacht sieht man in den westfälischen Dörfern noch unzulässige Lichter brennen. In dumpfer Stubenluft hocken dann noch die ganzen Familien und arbeiten, um etwa 2 Mk. den kommenden Tag verdienen zu können.

Gegen dieses Elend haben sich die Tausende erhoben. Die Tabakarbeiter Westfalens werden zeigen, daß sie zu kämpfen verstehen. Glühende Begeisterung hat sie gepackt. Arbeiter Deutschlands übt Solidarität! Die Not Laufender eurer Brüder und Schwestern schreit zum Himmel! Helft alle mit, dieses Elend zu beseitigen!

## Der Staat lebt von den Hungernden!

h. Erst vor einigen Tagen ist in der sozialdemokratischen Presse durch genaue Berechnungen festgestellt worden, daß der wöchentliche Nahrungsmittelaufwand einer Arbeiterfamilie von fünf Köpfen — zwei Erwachsene und drei Kinder — von 22,20 Mark im Jahre 1900 auf 26,60 Mark im Jahre 1910 und 30,34 Mark im September 1911 gestiegen ist! Als Grundlage war bei dieser Zusammenstellung stets die Normalration des deutschen Marinesoldaten benützt. Dabei ergab sich, daß schon 1900 ein Jahreseinkommen von rund 2000 Mark für jede fünfköpfige Arbeiterfamilie notwendig war, nur um so leben zu können, wie der deutsche Marinesoldat. Die Nahrungsmittelausgaben, wie sie der vergangene Monat dieses Jahres erheischte, verlangen aber bei normaler Höhe — Marinesoldatenration — ein Jahreseinkommen von 3200 Mark! Hunderttausende und Millionen von Familienvätern haben ein weit geringeres Einkommen als dieses, sie leben demzufolge alle viel schlechter als der gewöhnliche deutsche Marinesoldat!

Aber nicht nur, daß die Wucherzollpolitik, die Methode systematischer Grenzsperrung den Arbeiter zur Verelendung zwingt, nicht nur, daß das jetzt zur Welt kommende Geschlecht die Sünden der Regierung als lebenslängliche Last mit sich herumzuschleppen wird, der Staat verdient auch noch an den elend geringen Ausgaben des Arbeiters für den Nahrungsmittelaufwand.

Wird berechnet wieviel von den Nahrungsmittelpreisen der Normalaufwendung für eine fünfköpfige Familie, wie wir sie angenommen haben, durch indirekte Steuer, resp. Pötte entsteht, so ergibt sich das folgende Bild:

Wöchentliche Nahrungsmittelaufwand einer fünfköpfigen Familie, September 1911	30,34 Mk.
Darin ist indirekte Besteuerung, resp. Zoll enthalten	1,80 „
Dies ergibt im Jahr Nahrungsmittelaufwand	1577,68 „
Darin ist indirekte Besteuerung, resp. Zoll enthalten	93,76 „

Mit anderen Worten, von dem Ernährungsminimum, das der Speisezettel des deutschen Marinesoldaten darstellt, muß, wenn sich der Familienvater danach richtet, abschließend 5,9 des Wertes als indirekte Abgabe an den „Water“ Staat gezahlt werden!

Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß der Normalweiszettel Gruppen, Grieß, Schmalz, Margarine, Käse, Eier, Limon, Kaffee, Kakao, Milch, Gewürz, Salz, Serringe, Petroleum, auch Bier, Zigarren, Zigaretten und Streichhölzer gar nicht kennt. Sie alle sind aber mit erheblichen Steuern belastet. Der wirkliche Familienhaushalt ist durch seinen Nahrungsmittelaufwand allein heute mit rund 9-10 Prozent dieser Ausgaben dem Staate tributpflichtig.

Hätten wir eine wirkliche Einkommenbesteuerung von Reichs wegen, die nur direkt wirkte, erst zu nehmende Erbschaftsteuer und ebensolche Wertwachstumssteuer, dann würde — bei Wegfall der indirekten Steuern — heute schon der Arbeiter um rund 9-10 Prozent billiger leben als tatsächlich der Fall ist!

Also, der Staat hilft nicht nur gegen die Teuerung, er ist sogar rentabel an der Teuerung beteiligt!

## Soziales.

**Das Versicherungsrecht für Angestellte in der Kommission.** Nach der Vorlage soll der Bundesrat befugt sein, allgemein die Versicherungspflicht auf solche Personen zu erstrecken, welche eine ähnliche Tätigkeit, wie die versicherungspflichtigen Personen, auf eigene Rechnung ausüben. Der Abg. Fr. 1 machte Bedenken gegen diese Bestimmung geltend, weil der Bundesrat leicht die Versicherung auf zu weite Kreise der Handwerker ausdehnen könnte. Die Sozialdemokraten erinnerten daran, daß eine ähnliche Bestimmung bereits in dem alten Invaliden-Versicherungs-Gesetz enthalten war und daß der Bundesrat von dieser Befugnis für die Invaliden-Versicherung nicht zu viel, sondern, wie in der Kommission bei der Beratung der Vorschriften für die Invaliden-Versicherung der Reichsversicherungsordnung von allen Seiten betont worden ist, zu wenig Gebrauch gemacht haben. Trotzdem regten sich die angeblich so handwerkerfreundlichen bürgerlichen Parteien über die Gefahr, daß der Bundesrat weiteren Kreisen der Handwerker die Versicherung zugute kommen lassen könnte, so sehr auf, daß die Annahme dieses Antrages gefährdet erschien. Infolgedessen regten die Vertreter der Regierung an, um die Befugnis der bürgerlichen Parteien zu zerschneiden, daß die Befugnis des Bundesrats auf diejenigen Kleinunternehmer beschränkt werde, welche keine Personen beschäftigen. In dieser Fassung wurde dann die Bestimmung angenommen. Versicherungsfrei sollen die in Betrieben oder im Dienste des Reiches, eines Bundesstaates, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde oder eines in der reichs-gesetzlichen Arbeiter- oder Angestelltenversicherung Beschäftigten sein, wenn ihre Anwartschaft auf Ruhegeld und Hinterbliebenenrente im Mindestbetrage nach den Sätzen der niedrigsten Gehaltsklasse gerichtet ist. Die niedrigste Gehaltsklasse umfaßt die Angestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 550 Mark. Für diese beträgt nach 120 Beitragsmonaten der Mindestbetrag an Ruhegeld nur 48 Mk., an Witwenrente nur 19,20 Mk. und an Waisen-geld nur 3,84 Mk. jährlich. Das macht für den Tag 13 Pfennig Ruhegeld, 5 Pfennig Witwenrente und 1 Pfennig Waisengeld. Diese geringen Bezüge sollten für Angestellte mit einem Gehalt bis zu 5000 Mk. genügen, um sie von der Versicherung zu befreien. Die Sozialdemokraten und ebenso die Fortschrittliche Volkspartei beantragten, daß die Befreiung nur dann eintreten sollte, wenn die Sicherheit für die Gewährung dieser Bezüge denjenigen Bezügen entspreche, auf die die Angestellten nach dem Versicherungs-Gesetz für Angestellte entsprechend ihrer Gehaltsklasse Anspruch haben dürften. Die Regierung erklärte, daß die Berechnung, die nach dem Antrage der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei notwendig wäre, zu umständlich für die betreffenden Verwaltungen sein würde. Einen sogenannten „Vermittlungsvorschlag“ machte darauf der nationalliberale Abgeordnete Hausmann durch den Vorschlag, daß der Bundesrat jedesmal für jeden Bezirk festlegen solle, welche Gehaltsklasse maßgebend sein soll. Die Sozialdemokraten wiesen an Hand praktischer Beispiele nach, daß auch dieses nicht genüge und daß es zu schweren Ungerechtigkeiten führen könne, selbst dann, wenn in jedem Ort für alle Angestellten vom geringsten Gehalt bis zum Jahresgehalt bis zu 5000 Mark nur eine Gehaltsklasse maßgebend sein sollte. Trotzdem stimmten alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei die von diesen beiden letzteren gestellten Anträge nieder und nahmen die Bestimmung mit dem ungenügenden Zusatz des Abgeordneten Hausmann an.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Verurteilter Kindesmörder.** Das Schwurgericht Braunschweig verurteilte den Kaufmann Müller in Södingen wegen Ermordung seines außerehelichen zweijährigen Kindes zum Tode und die Mitangeklagte unverehelichte Verkäuferin Regel wegen Kindesmordes unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu zwei Jahren Gefängnis.

## Aus Nah und Fern.

**Ein „patenter“ Schwindler.** Wegen einzigartiger Betrügereien wurde der 34jährige Bogenschreiber bei einem Berliner Gericht, Hans Möller, verhaftet, der unter dem Namen eines Dr. Martini und dem Titel eines Gerichts-assessors, eines Stabsarztes oder früheren Chariteearztes Zutritt zu allen Gesellschaftskreisen gefunden hatte. Überall fand er Leichtgläubige für das Märchen, er erhalte von einem befreundeten Geheimrat beim Patentamt Prospektive zu Patentanmeldungen, die er als patenttechnisch ausgebildeter Mann für große Firmen durcharbeite. Für ihn selbst komme hierbei der höchste Gewinn heraus, aber auch jeder, der ihm mit Kapital beispringe, könne auf eine Verzinsung mit 100 bis 300 Proz. rechnen. Zur Glaubhaftmachung ließ sich der Schwindler Formulare mit der Aufschrift „Depostelle des Kaiserlichen Patentamtes“ drucken, stellte sie auf 4000 bis 80000 Mk. aus, verlas sie mit einer unleserlichen Unterschrift und steckte sie in ein Kuvert mit derselben Aufschrift, das er mit nachgeliefertem Siegel, Namen, Wohnung und Beteiligungsziffer der Beschwindelten verlas. Die Hinterlegung dieser Briefe sollte den Geldgeber im Falle eines plötzlichen Todes sichern, da das Patentamt die Einlagen ohne weiteres auszahlen müsse. Zuerst begnügte er sich mit kleinen Beträgen, die er nach der angeblichen Durcharbeitung des Patents mit hohen Dividenden zurückzahlte. Durch den hohen Gewinn verlockt, gaben Kapitalisten bald größere Einlagen. Um die Geldgeber zu gewinnen, bearbeitete Möller deren Familien, indem er als angeblich früherer Theaterarzt ihnen Theaterarten, sogar zu Carusvorstellungen, unentgeltlich lieferte und als angebliches Mitglied eines Einkaufsvereins die Frauen mit billigen Delikatessen versorgte. Tatsächlich bezahlte er für alles den normalen Preis aus seiner Tasche, doch war dies eine Kleinigkeit, verglichen mit dem, was die Kapitalisten opfern mußten. So ergaunerte Möller in Jahresfrist über 400000 Mk. Möller führte ein Doppelleben; zu Hause und im Kreise der Geldgeber wie auch beim Gericht spielte er den soliden Mann, sonst gab er als Lebensmann das Geld mit vollen Händen aus. Bei seiner Verhaftung fand man 107000 Mk. Bauspargeld. Bei einer Berliner Großbank wurde ein Guthaben von 20000 Mk. beschlagnahmt, bei seiner Braut 15000 Mk. und Kostbarkeiten.

**Unter Mitnahme von 70000 Mark fremder Gelder** hat der 25jährige Kassierer Lehmann den Staub der Stadt Halle von seinen Pantoffeln geschüttelt.

**Die erste deutsche Hochschule für Frauen** ist gestern in Leipzig eingeweiht worden. Über 50 Studierende haben sich bereits eintragen lassen.

**12 Personen verbrannt.** Aus Jassy wird gemeldet, daß in einem Konditorladen Feuer ausbrach, das rasch um sich griff und acht Häuser einschloß. Bei den Löscharbeiten wurden sechs Feuerwehrleute schwer verwundet, während zwölf Personen in den Flammen ihren Tod fanden.

**Deutsche Schande.** In der vorigen Woche wurde der Handarbeiter Diener aus Gera hinter Böppeln erhängt aufgefunden. Von Verwandten des alten Mannes wird der „Reußischen Tribüne“ dazu geschrieben: Die bürgerlichen Blätter schreiben, daß Diener aus Lebensüberdruß aus dem Leben geschieden sei, dies trifft nicht zu. Diener war am Brückenbau beschäftigt. Die Arbeit war aber für den 67jährigen Mann auf die Dauer zu schwer. Er suchte bei dem Bauleiter um leichtere Arbeit nach, die dieser aber nicht gewähren konnte. Diener legte dann gezwungen die Arbeit nieder, hat aber andere Arbeit nicht wieder bekommen. Er hat sich später an den Stadtrat um Unterstützung gemeldet, ist aber nach mehrmaligem Verhandeln abgewiesen worden. Diener ist Kriegsteilnehmer von 1870/71. Er hat an der Schlacht bei Beaumont, der Schlacht bei Sedan und an der Belagerung von Paris teilgenommen, ist Inhaber der Kriegsbrennerei 1870/71. Diener hat sich während seiner Dienstzeit gut geführt. Sein Gehalt um Gewährung der Ehrengabe für Kriegsteilnehmer ist mit der Begründung, daß er ein höheres Einkommen als 650 Mk. habe, unterm 1. Juni 1911 vom Stadtrat abgelehnt worden. Einem weiteren Besuch in derselben Sache ist ebenfalls nicht entprochen worden. Das Ende war der Strick. Der in München erscheinende „Bote aus dem Geiseltal“ bringt unter der Überschrift „Veteranenrot“ folgendes Glendbild: „Ein 71 Jahre alter Veteran, der 7½ Jahre fast ununterbrochen als Unteroffizier gedient und die beiden Feldzüge ehrenvoll mitgemacht hatte, reichte anfangs Mai d. J. ein Gesuch um Erlangung der Reichsbefähigung ein. Nach wochenlangem Hin- und Herschreiben traf der Bescheid ein, er — der 71jährige Mann — müsse sich ärztlich untersuchen lassen, ob er körperlich nicht mehr so disponibel sei, um für sich, seine Frau und ein Kind den Lebensunterhalt verdienen zu können. Er mußte sich nun wegen der Bagatelle von 10 Mk. monatlich einer geradezu hochnotpeinlichen Untersuchung unterziehen. Schließlich wurde der alte Mann, der als glühender Patriot, der er bis heute war, für das Vaterland kämpfte, und der ehrlich mithalf, dem Deutschen Reich 5 Milliarden zu erkämpfen, nun von der Regierung mit seinem Gesuche abgewiesen.“ — So sorgt das dankbare Vaterland für seine alten Veteranen. Und wenn aus dem glühenden Patrioten recht ein Oppositioneller oder gar ein Sozialdemokrat wird, der bei den kommenden Wahlen rot wählt, dann wundert man sich schließlich noch.

**Erdrutsch.** In einem Steinbruch bei Sefru, südlich von Fez, ereignete sich ein Erdrutsch, bei dem 18 Soldaten des 2. Infanterie-Labors verschüttet wurden. Nur 2 Mann konnten schwer verletzt geborgen werden; die übrigen 16 waren bereits tot.

**Moderne Kriegskultur.** Ein Musterbeispiel für die verrohende Wirkung des Militarismus bildet die standrechtliche Erschießung eines Hilfswächters des deutschen Konsulats in Tripolis, die dieser Tage in Tripolis durch eine italienische Truppenabteilung vollzogen wurde. Der Angeklagte, ein Araber Hussein, soll einem bemühtlosen Soldaten mehrere Dolchschläge versetzt haben. Das Kriegsgericht hatte ihn deswegen, in Gegenwart vieler Europäer, zum Tode durch Erschießen verurteilt. Zu dem Zwecke legte man Hussein auf ein Heubündel, sieben Soldaten wurden in zehn Meter Entfernung aufgestellt und gaben eine Salve auf den Todeskandidaten ab. Alle Schüsse gingen fehl und drangen in eine nahe Mauer. Nun wurde zum zweiten Male Feuer gegeben, Hussein war durch eine Kugel verwundet und fiel vom Heuballen herab. Jetzt feuerten die Soldaten eine Weile wild durcheinander auf.

